Sonnabend, 13. September 1924 | Abend-Ausgabe | Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 437 (Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.)

53. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Kriegsschulddebatte in Frankreich.

„Der Wappenspruch der Feigen."

Victor Margueritte für den Mut der Wahrheit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 13. September.

Die Diskussion über die Schuldfrage braucht nicht mehr durch eine deutsche Proklamation eröffnet zu werden; sie hat bereits von neuem begonnen, wenigstens in der Pariser Presse. Die meisten Zeitungen machen sich die Arbeit leicht und erklären ohne weitere Untersuchung: Es gibt keine Debatte mehr; nach dem Vertrag von Versailles hat der Schuldige bekannt und das Urteil ist gesprochen. Das ist die Meinung des „Temps", der in seinem Leitartikel mit auffallender Schärfe gegen die Reichsregierung zu Felde zieht. Aehnlich wie der „Temps" haben sich aber auch radikale Zeitungen geäußert, von denen man eine bessere Einsicht hätte erwarten dürfen. Aber es gibt unter Gegnern und Freunden der Versöhnung auch einige, die mit ihrem Gewissen nicht so schnell fertig werden können. Vor zwei Tagen erklärte Gauvain, der kein Freund Deutschlands ist, daß es im Interesse Frankreichs liege, eine neue Untersuchung der Schuldfrage in aller Oeffentlichkeit nicht zu verhindern. Heute fertigt in einem glänzend geschriebenen Artikel der „Ere Nouvelle" Victor Margueritte die Politiker ab, die über Fragen der Geschichte nichts anderes zu sagen wissen als „Das Urteil ist gesprochen". Margueritte schreibt:

„Es gibt keine neuen Tatsachen? **Wer kann die Dokumente aus den deutschen und den russischen Archiven verschweigen, besonders die fruchtbaren Korrespondenzen Isswolskis?** Seit diese Berichte veröffentlicht worden sind, hat jeder Historiker die Pflicht, zu ihnen Stellung zu nehmen. Jeder ehrliche Mensch, jedes Volk muß sich zu seiner Meinung bekennen. Diese Gewissensfrage muß aber besonders stark der französische Historiker empfinden. Es ist traurig, daß kein Franzose das erste Wort in diesem großen Prozeß gesprochen hat, denn der Prozeß geht um unsere Ehre, um unsere Sicherheit, um unsere Zukunft." Wenn Frankreich seinen alten Rufe Ehre machen wolle, dann müsse es den Mut haben, den Schleier vom Bilde der Wahrheit herabzureißen. Frankreich darf nicht die Augen schließen und sich mit dem Rausche des Sieges über die Täuschungen trösten, die es nicht anzurühren wagt. Ja, Frankreich ist unschuldig; ich schwöre es, wie Herriot es geschworen hat. Es ist unschuldig, **weil es betrogen wurde.** Keine neuen Tatsachen gibt es? Nicht die geschichtliche Literatur des letzten Jahrzehnts, die ganze Geschichte der letzten Jahrzehnte muß umgeschrieben werden, wenn man die Wahrheit finden will. Margueritte will die Verantwortlichen in Deutschland nicht entlasten. Er sagt, daß die Schuldfrage gestellt worden sei. **Deutschland hat Recht, wenn es seine Schuldlosigkeit an den Ursachen des Krieges nachweisen will. . .** Aber Deutschland hat Unrecht, wenn es sich von den Anklagen gegen die Art der Führung des Krieges zu reinigen versucht. Seine Verletzung der belgischen Neutralität kann nicht verteidigt werden, obwohl ein merkwürdiges französisches Zeugnis auch für diesen Fall besteht. Der General Buat, bis zu seinem Tode Generalstabschef der französischen Armee, hat in seinem Buche „Le Concentration Allemande" geschrieben: „Wenn der Sieg nur durch die Verletzung von Verträgen erreicht werden kann, dann fallen Verträge nicht sehr in die Wagschale. Der Sieg muß den Ausgleich bringen . . . **Die Deutschen wissen sehr gut, daß die belgische Neutralität uns ebensowenig aufhalten würde wie sie."** Auch König Albert wußte es, als er im Mai 1914 dem deutschen Militärattaché eingestand, daß er die französische Gefahr für groß halte und mit Sorge die Spionage des französischen Generalstabes auf belgischem Gebiet überwache. Auch ein englisches Urteil könnte von Deutschland zitiert werden, das in der Zeitung „The Engineer" am 25. September 1914 abgedruckt ist: „Das beste Mittel uns von der deutschen Konkurrenz zu befreien, wäre die sorgfältig überlegte und planmäßig organisierte Zerstörung aller wichtigen Fabrikanlagen und ihrer Maschinen, die unmittelbar auf die Invasion folgen müßte." Margueritte sagt mit Recht, daß solche Anschuldigungen nicht zählen. Die Rechtsauffassung des Krieges hat mit Recht keine Gemeinschaft. Er verurteilt die Methode und die Grausamkeit der deutschen Kriegführung, die Zerstörung von Loewen, die Beschießung von Reims. Margueritte schreibt: „Diese Schuld müßte das demokratische Deutschland bekennen und bereuen. Von diesen Taten muß Deutschland sich lossagen, wenn es mit erhobenem Haupt in die Gemeinschaft der Völker treten will. Das Unrecht des deutschen Imperialismus ist so groß, daß es überflüssig erscheint, zur Belastung Deutschlands auch noch das Unrecht Poincarés hinzuzufügen." Margueritte sagt, wie sein Urteil lautet: „Die Verantwortung für den Anfang des Krieges ist zu teilen, die Verantwortung für die Art der Führung ist von Deutschland zu tragen. Dies ist die Auffassung Frankreichs, wie Herriot loyal verkünden müßte. Diese Loyalität, diese Offenheit wäre auch politisch geschickt. **Wir müssen der Politik Poincarés deutlich den Rücken kehren, die uns zum Kriege geführt hat und uns zu neuen Kriegen geführt haben würde, wenn nicht das Volk am 11. Mai dem Wahnsinn ein Ende gemacht hätte.** Wir haben genug von diesen Schikanen und dieser Gier, die uns schließlich ruiniert hätten und uns vor der Welt moralisch geschädigt haben. Es ist unnötig, über vergangene Fehler und Verbrechen zu schwatzen, und der methodischen Aufklärung, der wissenschaftlichen Forschung durch tendenziöse Polemik vorzugreifen. Mag jedes Volk die Rechnung mit seinem eignen Gewissen machen und seine Schuld offen bekennen. Der Tag wird kommen . . . Aber inzwischen dürfen wir, das Volk der Menschenrechte, uns nicht hinter dem verrosteten und blutbefleckten Schild verstecken, der den **Wappenspruch der Feigen** trägt: Das Urteil ist gesprochen. Wir wollen auch nicht so kindisch sein, als Beweis für die friedfertige Gesinnung der französischen Regierung die Tatsache zu erwähnen, daß wir 1914 die Truppen zehn Kilometer von der Grenze zurückzogen, lediglich zu Verteidigungszwecken. Ein Trick der Regierung! Wer sich mit diesen Fragen ernsthaft beschäftigt hat, weiß heute genau, daß alle Vorbereitungen getroffen waren, und daß in zwei Wochen der Kampf an der Ostfront losbrechen konnte nach dem Traum Joffres: „Vorwärts und bis zum Durchbruch!" Das Urteil ist gesprochen? Jämmerlicher Hochmut! Wir müssen ernsthafter denken und weiter blicken. Das Heil und die Rettung, der Frieden der Welt kann nur erreicht werden, durch das obligatorische Schiedsgericht in seiner strengsten Form, durch die gemeinsame und gleichzeitige Abrüstung der Völker. Die verbrieften Garantien und die erkrotzten Sicherheiten sind trügerischer Triebsand, in dem die Menschheit versinkt. Die internationale Kraft im Dienste des internationalen Rechts: Das ist das Ziel. Alles andere ist Täuschung und Verwirrung."

Der Troubadour.

Von

Dr. Ernst Feder.

Im Dezember 1893 veröffentlichte der „Kladderadatsch", durch zwei Legationsräte des Auswärtigen Amtes informiert, den aufsehenerregenden Artikel über den „diplomatischen Dauerfaß", der von Austernfreund, Spätzle und Troubadour gespielt wird. Drei hochbegabte Persönlichkeiten, durch Freundschaft eng verbunden, deren Politik hinter den Kulissen spielt, damals nicht vielen sichtbar wird und erst jetzt durch zahlreiche Dokumente ans Licht gezogen ist. Baron v. Holstein, der Austernfreund, ein kulinarischer so gut wie ein literarischer Feinschmecker, Geheimrat im Auswärtigen Amt und seit Bismarcks Sturz Leiter der deutschen Außenpolitik, ist besonders durch die Veröffentlichungen Hammanns und Eckardsteins aus gewolltem Dunkel herausgeholt. Kiderlen-Wächter, den Spätzle, hat die zweibändige Publikation Jaechs genauer bekannt gemacht. Der Troubadour ist Philipp Eulenburg, des Kaisers intimster Freund, der Balladen und Skaldengesänge dichtet, komponiert, singt und spielt, und dessen Erinnerungen im vorigen Jahr erschienen sind. Alle drei spielen ihre Rolle in dem zweiten, mit zahlreichen Dokumenten versehenen Eulenburg-Buch, das jetzt der Tübinger konservative Historiker Johannes Haller vorlegt. (Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld von Johannes Haller. Berlin 1924, Gebrüder Paetel.) Nicht so reich wie der erste Band an persönlichen, nicht immer erfreulichen, nicht immer zuverlässigen Geschichtchen, beträchtlicher durch politischen und sachlichen Gehalt.

Als ein Versemter, Geächteter ist der Fürst vor fast genau drei Jahren gestorben. Der Angeklagte eines Meineidsverfahrens, in dem er bis zu seinem Tode verhandlungsunfähig blieb. Haller sieht in dem Gerichtsverfahren einen verbrecherischen Akt der Rache, zu dem sich kaiserliche Generaladjutanten mit Maximilian Harden und dem geisteskranken Verschwörer Holstein zusammengefunden hatten. Holstein, mit Eulenburg schließlich tödlich verfeindet, hatte, noch Beamter, bei dem Polizeipräsidenten v. Borries gegen den ehemaligen intimen Freund geheime Anzeige wegen Verdachts der Homosexualität gemacht. Jahre vorher schon hatte er aus verfälschten Tatsachen ein Protokoll fabriziert und zu den Akten des Auswärtigen Amts genommen, wonach Eulenburg einem erpresserischen Bademeister zum Opfer gefallen war. Er gab Harden das Material, mit dem dieser seinen Feldzug gegen die „Liebenberger Tafelrunde" führte. Aus den Tagebüchern des Fürsten, dem Zeugnis der Frau, den zwölfhundertfünfzig Folioseiten der letzten Gerichtsverhandlung, und anderen Dokumenten sucht Haller die völlige Unschuld seines Mandanten nachzuweisen. Wer den Inhalt der letzten Verhandlung nicht kennt, wird das endgültige Urteil zurückhalten. Als Eindruck des Buches bleibt, daß der Wahrheitsbeweis gelungen, ein Unschuldiger mit übler Nachrede beladen worden ist.

Wichtiger als der scheußliche Kriminalprozeß, Konrad Haußmann sagte, nie etwas Aehnliches erlebt zu haben, wie dies Verfahren im Spital, ist der Ablauf der politischen Prozesse, die der Freund des Kaisers sein Leben lang geführt hat. Der Gesandtschaftsposten an den auswärtigen Höfen ist für ihn Nebenberuf. Interessantes genug teilt er daraus mit. Die Zustände an den kleinen Höfen: in Stuttgart hat der greisenhafte König Karl ein skandalöses Verhältnis mit einem Theatermaschinisten, in München ist ein ehemaliger Theaterkassierer der unentbehrliche Vertraute des Prinzen Luitpold, desselben Luitpold, der mit der Abdankung droht, wenn man ihm den schlechten Reiter, zwingt, bei der Truppenparade neben dem Kaiser zu reiten. Die Vorgänge in Bayern, die der amüsante Plauderer und vortreffliche Beobachter beschreibt, scheinen von gestern und heute zu sein. Schwarzweißrot ist dort 1893 so verpönt, wie dreißig Jahre später Schwarzrotgold. Ein Münchener Oberlehrer schickt Wilhelm dem Zweiten patriotische Gedichte, erhält vom Kaiser Dank, von Vorgesetzten und vom bayerischen Kultusministerium eine Rüge, weil in den Versen nichts von der weißblauen Fahne steht. Kaisers Geburtstag darf auf Wunsch des Prinzregenten 1892 nicht vom Offizierskorps, nicht von der Stadt München gefeiert werden — so wie heute die Verfassungsfeier unerlaubt ist. Die königlich bayerische Vermögensverwaltung zeichnet keine Reichsanleihe, weil das Deutsche Reich keine pupillarische Sicherheit bietet. Das neue Regime in Bayern drängt „mit ebenso viel Taktlosigkeit als Geschick den Reichsgedanken" zurück, und ein Herr vom bayerischen Adel erklärt: wäre ein Krieg ausgebrochen, hätte ich nicht den Mut gehabt, zu sagen, daß wir mitgetan hätten. Wie ein paar Jahre später Hohenlohe in seinen Denkwürdigkeiten über die preußischen Junker notiert: „Alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben." Hart und gerecht ist Eulenburgs Urteil: „Wenn wir deutsche Bundesstaaten dem Ausland das erbärmliche Schauspiel geben, daß unsere Angehörigen sich beschimpfen, wie fremde Nationen, die hundertjähriger nationaler Haß trennt, so sind wir nicht wert, Deutsches Reich zu heißen." Das ist 1893 geschrieben. Auch Bismarck sagt zu dem jungen Kaiser, so erzählt dieser seinem Freund: „Mit dem Deutschen Reich ist es so so, lala, suchen Sie nur Preußen stark zu machen." Die liberalen Parteien, betont der gemäßigt konservative Eulenburg immer wieder, sind einziger Halt der Reichseinheit.

Dem preußischen Gesandten in München ist einzige Richtlinie die Förderung des Reichsgedankens. Sein Hauptberuf ist, der Freund des deutschen Kaisers zu sein. Seit 1890 war die Regierung ohne Haupt. Die Verfassung funktionierte nicht mehr. Bismarck hatte trotz ihr, nicht mit ihr,

Die gestrigen Erklärungen Dr. Stresemanns.

Reichsregierung und Kriegsschuldfrage.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir Stellung zu den Auslassungen genommen, die gestern abend in die Oeffentlichkeit lanciert wurden und den Standpunkt Dr. Stresemanns in der Frage der Kriegsschuldnote und des Eintrittes in den Völkerbund darlegen sollten. Wir wollen hier für die Leser unserer Expreßausgabe unsere Bemerkungen zu dieser Angelegenheit wiederholen:

„Wir müssen zunächst unserem Befremden darüber Ausdruck geben, daß der Außenminister Dr. Stresemann seine persönliche Ansicht über die Notifizierung der Schuldnote und über die Frage des Eintritts in den Völkerbund in einem Augenblick der Oeffentlichkeit unterbreitet, wo, nach seiner eigenen Ankündigung, eine Beschlußfassung des Reichskabinetts unmittelbar bevorsteht. Es ist im allgemeinen nicht Brauch, daß ein einzelnes Kabinettsmitglied in dieser Weise den Entscheidungen der Gesamtregierung vorzugreifen und auf die öffentliche Meinung in seinem persönlichen Sinne einzuwirken versucht. Es ist mindestens sehr fraglich, ob der Reichskanzler die Meinung seines Außenministers über die Schuldnote teilt. Auch daß Dr. Marx gegenüber dem Völkerbund dieselbe Stellung einnimmt wie Dr. Stresemann, möchten wir bis auf weiteres in Zweifel ziehen. Die Argumente, die Dr. Stresemann gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geltend macht, scheinen uns nicht stichhaltig zu sein. Wenn er sagt, daß man zu ihm in London über den Völkerbund gar nicht gesprochen habe, so vergißt er, daß schon die Verständigung über die doch behandelten Gegenstände sehr schwierig war und eine Erweiterung der Diskussion deshalb wohl nicht unbedingt zweckmäßig erschien. Was die Note zur Kriegsschuldfrage anbelangt, so bestehen die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Note bisher noch nicht notifiziert hat, unverändert fort, und sie haben sich inzwischen noch verstärkt. Es ist doch eigentlich klar, daß die Notifizierung in diesem Augenblick in jeder Beziehung nur schädlich wirken, nur — neben den deutschen — die französischen Nationalisten entzücken, nur mit einem völligen Mißerfolge enden und nur die in Deutschland für die Widerlegung der Schuldthese geleistete sachliche Arbeit auf Jahre hinaus um ihre Früchte bringen kann. Wir lehnen es auf das entschiedenste ab, eine Politik mitzumachen, die gar keine Politik ist, sondern nur eine aussichtslose, zweckwidrige, für die Position Deutschlands und für die erstrebte Aufklärung der Kriegsschuldfrage absolut nachteilige Demonstration. Wir hoffen, daß das Reichskabinett einen solcher Fehler nicht begehen wird."

Diesen Sätzen möchten wir noch folgendes hinzufügen: Durch den im Auftrage Herriots unternommenen Schritt des französischen Botschafters in Berlin ist, wie hier sofort gesagt wurde, die Situation noch erheblich erschwert worden. Aber dieser Schritt, den man den Zugeständnissen an die deutschnationale Marktpolitik verdankt, konnte anders beantwortet werden als durch die Notifizierung der Note, die eine Beseitigung der Schuldthese aufhalten muß und nur den an der ernsten Arbeit gar nicht teilnehmenden „nationalen" Brüllern als eine retende Tat erscheinen kann. Wenn die Reichsregierung die Erklärungen des französischen Botschafters mit einem scharfen Protest zurückgewiesen hätte, so wären wir damit durchaus einverstanden gewesen, und wir würden auch jetzt noch damit einverstanden sein. Eine solche Zurückweisung fremder Einmischung wäre vielleicht nützlich, in der Notifizierung der Note aber könnten wir nur eine für die weitere Behandlung der Schuldfrage ebenso wie für die Gesamtpolitik schädliche Handlung sehen.

Uebrigens wird jetzt offiziös erklärt, die gestrigen Ausführungen Dr. Stresemanns seien mißverstanden worden und auch ihre Wiedergabe sei lückenhaft. Stresemann wolle die Note keineswegs jetzt notifizieren, sondern auf einen gelegenen Zeitpunkt warten, und er sei auch durchaus nicht gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sondern nur gegen den bedingungslosen Eintritt, und er erkenne die Vorteile einer deutschen Mitarbeit in Genf. Wenn das die Meinung Stresemanns ist, so ist der Sinn der gestrigen Veranstaltung, des Empfanges der Pressevertreter bei dem Reichsaußenminister, nicht ganz klar. Man kann nur, und das ist die Auffassung der gesamten Morgenpresse, konstatieren, daß gestern manches, was heute betont wird, nicht zum Ausdruck kam.

(Siehe auch Seite 3.)

regiert. Haller gebraucht das Bild eines Wagens, „von einem Gespann alter und junger Rosse gezogen, die nicht miteinander eingefahren sind, und kein Kutscher auf dem Bock." Die Politik des Kaisers, die Politik des Auswärtigen Amtes, die Politik der kaiserlichen Flügeladjutanten, die Politik des Militärkabinetts, die preußische Politik, die Ressortpolitik — in diesem Durcheinander bilden die Männer vom „Dauerstat", Holstein, Kiderlen und Eulenburg ein stilles Direktorium. Holstein und Kiderlen dirigieren den Reichskanzler und das preußische Kabinett. Eulenburg stellt die Verbindung mit dem Kaiser her. Er ist der Botschafter der Reichsregierung beim deutschen Kaiser. Unwürdige Zumutungen Holsteins lehnt er ab. Vielfach ist sein Eingreifen nützlich. Er ist Anhänger der Zedlitzschen Schulvorlage. Er bringt sie zu Fall, weil sie eine Niederlage des Liberalismus und damit eine Schwächung des Reichsgedankens wäre. Er ist ein Anhänger der dreijährigen Dienstzeit. Er setzt Militärvorlage Caprivis mit der zweijährigen Dienstzeit durch, weil sie de mReichsgedanken nützt. Er tritt für die Bestätigung des Berliner Oberbürgermeister Forkenbeck, er tritt für die Beseitigung des preußischen Innenministers Koller ein, der den Kaiser in seinen manischen Zeiten als „der starke Mann" erscheint. „Mit Schneid allein ist heutzutage nicht mehr eine Rolle zu spielen. Es gehört auch Geist dazu."

Wie gegen Holstein die persönliche Unabhängigkeit, wahrt er dem Kaiser gegenüber die persönliche Würde. Er, der sich handgreifliche Späße mit den ältesten Generaladjutanten erlaubt, hat Eulenburg nicht angerührt. „Er läßt sich politisch alles von mir sagen, weil ich mit ihm Tennis spiele und zwischen fliegenden Bällen und bei kleinen Ruhepausen ein gutgestimmtes kaiserliches Ohr vor mir habe." Die politische Bedeutung der bekannten Kaiserjagden in Liebenberg stellt Haller in Abrede. Mit Unrecht. Kiderlen, einer der Jagdgenossen, schreibt, wie wir jetzt durch Jaeckh wissen, am 22. Oktober 1894: „Ich bin begierig auf die Tage in Liebenberg bei Philipp Eulenburg, wo ich wohl mehr die Feder als die Flinte handhaben werde." Das ist kein harmloses Jagdinteresse, und Eulenburg selbst hat in den Tagen von Abbazia sich zum „ludere pro patria et imperatore" bekannt. Holstein nennt ihn, hauptsächlich wegen der Briefe an den Kaiser, einen „Redakteur und Stilisten allererster Sorte". Das Prädikat ist berechtigt. Holstein schreibt weiter: „Einstmals wird man jedenfalls sagen können, daß einer da war, der Wilhelm II. die Wahrheit sagte. Aber ich glaube wirklich, daß es nur einer war." Auch dies höhere Lob ist nicht unverdient.

Er warnt immer wieder den Redekaiser. Den Brandenburgern verspricht Wilhelm II. als ihr „Markgraf", sie „herrlichen Tagen" entgegenzuführen. „Hier in Bayern sind die Leute geradezu außer sich, wenn Eure Majestät als Markgraf sprechen!" Das „regis voluntas suprema lex" im Goldenen Buch der Stadt München, die zwei wahnsinnige Könige sah! „Eurer Majestät persönliche Stellung hat sich im Reich durch die scharfe Akzentuierung des persönlichen Regiments nicht gebessert." Als die kritische Zeit des Brandenburger Diners im nächsten Jahre wiederkommt, mahnt Eulenburg, da ein einziges Wort viele Arbeit zuschanden machen kann. In offenen Telegrammen spricht der Kaiser von der „dämlichen bayerischen Treue" und von der „unglaublichen Torheit der guten Bayern". Ein erster Rügebrief folgt: „Das geftrige Telegramm Eurer Majestät verletzt die Bayern an ihrem empfindlichsten Punkt: der Eitelkeit." Er warnt immer wieder den Reisekaiser. Wenn der Reichstag aufgelöst ist, müsse er in Berlin sein. Kaiserliche Segelfahrten im Augenblick politischer Spannung würde man nicht verstehen, als Mangel an Ernst, als frivol empfinden. Alle Vorstellungen, noch so dringliche, verhallen. Der Kaiser reagiert höchstens mit zäsarischen Anwandlungen. Wie Shakespeares rhetorischer Held deklamiert er: „Ich bin beständig wie des Nordens Stern", und zu einer Warnung des Freundes setzt er die Randbemerkung: „Et tu, Brute." Schon im Jahre 1894 schreibt Eulenburg das resignierte Wort: „Bei einer schlechten Ehe gibt es Scheidung. Zwischen Volk und König macht sich das nicht so leicht. Darum wird es wohl eine unglückliche Ehe bleiben."

Mit Caprivi kommt Eulenburg anfangs gut aus. Er rühmt seine Klarheit und Ruhe, und nur als der korrekte Kanzler den Ankauf eines Münchener Blattes für die „Reichsregierung ablehnt, weil diese Verwendung der Gelder „bestimmungswidrig" wäre, meint Eulenburg: „Bisweilen sitzt dem guten Caprivi eine Mischung von Unteroffizier und Rechnungsrat im Nacken." Den erbittertsten Kampf führt er gegen die Politik der kriechenden Hofgenerale und die „permanente Kamarilla der Flügeladjutanten". Für den Kaiser ist der Gardeoffizier die Essenz, der Flügeladjutant der Extrakt aus der Essenz. Durch den Garderock ist Bildung und geistige Begabung garantiert. „Engelbrecht ist mein Kamerad und Flügeladjutant; wird er noch weiter schlecht behandelt, so haue ich auch im Auswärtigen Amt einmal dazwischen." General Plessen sagt zum Kaiser, es müsse sofort geschossen werden, dann höre die Pressehetze auf. Darauf der Kaiser: er werde durch seinen Flügeladjutanten die Redakteure fordern lassen, wenn Artikel erscheinen, die den Kaiser beleidigen.

Innig sind die ersten Beziehungen zwischen Eulenburg und Bülow. Die Briefe zwischen beiden, in denen sie sich gegenseitig charakterisieren, haben hohen stilistischen und psychologischen Reiz. Er macht den Kaiser auf Bülow aufmerksam. „Der soll mein Bismarck werden". Wie glücklich sind die Flitterwochen zwischen Bülow und Wilhelm II. Für Staatssekretär Bülow verbindet der Kaiser, noch 1897, „in einer Weise, wie ich es nie gesehen habe, Genialität, echte und ursprüngliche Genialität mit dem klarsten bon sens". Der Kaiser: „Bernhard — Prachtkerl!! . . . ich adoriere ihn." Zwölf Jahre später war „das Luder weggejagt".

Schwierig wird Eulenburgs Situation, als er auch in Gegensatz zu der Nebenregierung Holsteins gerät, der ihm allmählich pathologisch erscheint. Holstein hält Wilhelm den Zweiten, Wilhelm der Zweite ihn für verrückt. Holstein möchte einen geknebelten Kaiser, der fern von Berlin, am Meeresufer oder im Walde, die gewünschten Unterschriften gibt, während er das Auswärtige Amt regiert. Als der Kaiser in der bekannten Handlangerrede seinen Großvater mit den Heiligen des Mittelalters vergleicht, Bismarck und Moltke die Handlanger nennt, hält das Auswärtige Amt „ganz unverhüllt Seine Majestät für verrückt". Eulenburg steht zum Kaiser. In einer Nachtszene spitzt sich der Gegensatz im Mai 1897 dramatisch zu. Kurz vor Mitternacht kommt Eulenburg zu Holstein. Alexander von Hohenlohe, der Sohn des Kanzlers, ist dort. Kiderlen-Wächter kommt, „nach Wein riechend und lallend, von einem Saufgelage". Holstein erklärt: „Seine Majestät müsse sich blind unterwerfen und Lucanus entlassen. Seine Majestät müsse als das Kind Kind oder der Narr behandelt werden, der er sei. Alexander sekundierte, und Kiderlen spritzte, wie das Stinktier aus der Drüse seines lallenden Mundes — ekelhaft! Der Kaiser hätte zu wählen zwischen völliger Unterwerfung und der belle sortie des Kanzlers, welcher die Kabinettspolitik Seiner Majestät nicht akzeptiert habe, wovon es im Volk bereits verlaute und deren sich die Presse wohl bald in einem Ton bemächtigen werde, daß Seine Majestät zum Bewußtsein seiner wahnsinnigen Torheit kommen werde." Der Trennungsstrich zwischen Eulenburg und dem „Direktorium" war gezogen.

Hatte Holstein nicht recht? War die Entmündigung des Kaisers nicht notwendig und die Durchführung des parlamentarischen Systems, das nach einem Briefe Holsteins aus dem Jahre 1896 „außer in Petersburg und Konstantinopel sonst in der europäischen Welt gangbar ist"? Eulenburg hat die Frage in einer besonderen Denkschrift behandelt und bloß deshalb verneint, weil der Reichstag „nicht das Rückgrat gegenüber den Entgleisungen des Kaisers war". So urteilt über das alte Regime des Kaisers bester Freund, den wir erst jetzt kennen lernen . . .

Philipp Eulenburg war der Troubadour des Kaisers, dessen Zuneigung er zuerst durch Gesang und Spiel seiner nordischen Skaldenlieder gewonnen hatte. Aus dem ersten Bande ist die Szene bekannt, wie der Kaiser zwischen zwei Balladen Eulenburgs die Demission Bismarcks erfährt. Aber er war mehr. Außer den Spielen seiner Muse reichte er dem Kaiser das Brot einer verständigen Politik. Diese kräftigere Nahrung hat Wilhelm verschmäht.

Der Filmbitter.

Von [Nachdruck verboten.]

Artur Igor.

Es handelt sich nicht etwa um eine neue Likörmarke, deren Name erst durch eines jener mit Recht so unbeliebten Preisausschreiben gefunden wurde. Nein, es ist etwas ganz anderes, völlig Neues, noch nie Dagewesenes, wäre man versucht zu sagen, wenn diese Redensart nicht gerade beim Film so gänzlich abgedroschen wäre.

In den kleinen Städtchen des württembergischen Frankenlandes kennt man heute noch den Hochzeitsbitter und den Leichenbitter. Der Erstere geht lächelnden Antlitzes in der historischen Tracht des betreffenden Gaues und mit einem blumengeschmückten Stecken zu den Verwandten der Brautleute und deren Eltern und „bittet zur Hochzig". Der andere setzt die nach seinem traurigen Amt bezeichnete Miene auf und „bittet zur Leich". Beide nennen Zeit und Ort des Begebnisses und erhalten zum Lohn ein gutes „Beschper". Diesen beiden „Bittern" gesellt sich jetzt als Dritter im Bunde der eben genannte Filmbitter. Das neue Amt hat sich so entwickelt:

Die Filmgesellschaften sind aus Ersparnisrücksichten bestrebt, mit möglichst kleinem Personal zu reisen. Man arbeitet neuerdings gern mit „fliegender Komparserie". Tischgäste, Theatergesellschaft, Bettler, Diener, Volk werden je nach Bedarf an jedem Ort, wo gekurbelt wird, neu zusammengestellt. So ist man jetzt in die architektonisch überaus reizvolle altfränkische kleine Residenz eingezogen und hat vom Schloßherrn, dem mit allem Neuzeitlichen mitgehenden kunstliebenden Fürsten, die Genehmigung erhalten, in dem mit echtem Wein und Efeu umrankten schönen Renaissanceschloß Parkszenen und Innenaufnahmen nach Herzenslust zu dürfen. Nun kann das Programm gemacht werden. Auf „Sonne" braucht nicht mehr gewartet zu werden. Die wird in Gestalt von zwei Motoren gewaltigen Ausmaßes mit einer Erzeugung von 25 Millionen Kerzen mit vier Riesenreflektoren mitgeführt.

Ist das alles in Ordnung, dann ist es an der Zeit, das Amt des Filmbitters zu besetzen. Ein sich durch Intelligenz und Gewandtheit des Auftretens auszeichnender Ortsansässiger, der zugleich das Vertrauen der Bevölkerung genießt, übernimmt den „auf Zeit" zu besetzenden Posten.

„Es ist eine kleine Gesellsigkeit im Schloß angesagt, dazu brauche ich mindestens vierzig Tanzpaare. Die Herren im Gesellschaftsanzug, die Damen in Festtagskleidung. Herren und Damen möglichst groß gewachsene, schlanke Erscheinungen."

Jetzt muß der Filmbitter seines gewiß nicht gerade einfachen Amtes walten. Er hats nicht so leicht, wie der Hochzeits- und der Leichenbitter, die mit vorgeschriebener Marschroute ausschwärmen. Er muß selber die richtige Auswahl treffen. Er läßt also all die schlankgewachsenen Jünglinge und Jungfrauen des Städtles, soweit sie in der Tanzkunst nicht ganz unerfahren sind, im Geiste Revue passieren, begibt sich in deren Behausungen und „bittet zum Film". Wenn nicht gerade dringende Behinderung ist, gibts auch keine Absage. Der Reiz des völlig Neuartigen wirkt. Haben doch die meisten von ihnen noch nie hinter die Kulissen des Films zu schauen vermocht. Und wer hätte etwa schon in einem so herrlichen Saale getanzt?

Vierzig Paare werden gebraucht, über fünfzig haben zugesagt. Aber der Herr Regisseur hat noch ein paar Spezialwünsche. Ein eleganter Tänzer, vier würdige Matronen und zwei würdige Greise. Sollte der vorgeschriebene Grad der „Würdigkeit" nicht erreicht sein, so muß der Figaro des Ortes nachhelfen.

Mit den „Greisen" hatte der Filmbitter schwere Arbeit, die schwierigste aber mit den Matronen. Sie haben eine heillose Angst vor der „neumodischen Flimmerei". Das Kino kennen sie nur von Hörensagen. Nur die eindringlichste Versicherung, daß bei der ganzen Sache wirklich „nix riskiert sei", stimmt schließlich die Alten um.

Pünktlich um acht Uhr ist alles im Ritterfaal versammelt. Der Herr Regisseur pfeift zum Sammeln, bedankt sich bei den Erschienenen, daß sie seiner Einladung gefolgt seien. Die Diva käme eine halbe Stunde später. Auf dem Fluge von Hall habe sie Propellerbruch gehabt, sei aber unverletzt und bereits im Auto unterwegs. Die Zwischenzeit wolle er zu Unterweisungen und Proben benutzen.

Abends nach getaner Arbeit findet sich im „Lamm", wo der große Filmgeneralstab tagt — bzw. „nächtigt" — auch der Filmbitter ein und nimmt an der kritischen „Nachbeleuchtung" verdienten Anteil. Wenn die Spielzeit abgelaufen ist und statt des Filmkastens die Autos zur Weiterfahrt angekurbelt werden, ist der Filmbitter in den einstweiligen Ruhestand versetzt — bis wieder mal die Flimmerleute kommen.

---

* **Berliner Theaterchronik.** „Der Teufelsadvokat" wird Sonnabend im Kleinen Theater zum 25. Male aufgeführt.

Lucie Höflich spielt in Arthur Schnitzlers „Einsamem Weg" in der Tribüne die Schauspielerin Irene Herms.

Für die Komödie „Die Libelle" von Rehfisch wurde Ulrich Franz Krolop an das Renaissance-Theater verpflichtet.

Elisabeth Bergner wurde für das Kabarett Roland von Berlin verpflichtet.

* **Gorkis Gesundheitszustand.** In Petersburg sind Meldungen über den Gesundheitszustand Maxim Gorkis eingetroffen, der in Süditalien weilt: Der Schriftsteller leidet an Nierentuberkulose. Zugleich ist die Herztätigkeit sehr geschwächt. Gorki hat seine Arbeit aufgeben müssen und kann nur mit Mühe gehen.

Der französische Botschafterwechsel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 13. September.

Als Nachfolger des Botschafters Barrère in Rom werden zwei Diplomaten genannt: Der Ministerialdirektor Peretti della Rocca (im „Matin") und der Botschafter de Margerie (im „Cuotidien"). Offizielle Nachrichten sind erst in 14 Tagen zu erwarten, aber es ist ziemlich sicher, daß ein Wechsel der Botschafterposten von Berlin, Brüssel, Konstantinopel, London, Madrid und Rom in Aussicht genommen ist.

Nach dem „Eclair" ist de Monzie, der Vorsitzende der Studienkommission für die Anerkennung Rußlands, für den Botschafterposten in Moskau in Aussicht genommen. Herriot selbst hat ihm diesen Posten vor einigen Wochen versprochen. Neuerdings sei aber hinter den Kulissen noch ein anderer Kandidat für die Posten aufgetaucht, nämlich Léon Blum. „Echo de Paris" glaubt zu wissen, daß der Abgeordnete Hennessy Kandidat für den Botschafterposten in Madrid sei; während der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten Franklin Bouillon den Wunsch habe, der erste französische Botschafter in Angora zu werden.

Der Ministerpräsident Herriot reist Montag abend nach Toulon, um mit dem Marineminister an den Flottenmanövern teilzunehmen. Herriot wird sich auf dem Panzerschiff „Provence" einschiffen. Die Rückkehr nach Paris soll noch am gleichen Tage erfolgen.

Der Mord an Casalini.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 13. September.

Die Ermordung des faszistischen Abgeordneten Casalini wird in der Londoner Presse mit dem Ausdruck des Bedauerns und der Empörung aufgenommen. Die „Times" bemerken dazu in einem Leitartikel, nichts hätte in einem solchen kritischen Augenblick der Entwicklung der italienischen Angelegenheiten ungünstiger sein können, als die brutale Tat. Erst kürzlich sei Italien durch die Agitation, nach der Ermordung Matteottis, an der nach allgemeiner Vermutung bedeutende Mitglieder der Regierung direkt beteiligt gewesen sein, erschüttert worden. Mussolini habe allein aus diesem Grunde Italien nicht verlassen können, um an den wichtigen Konferenzen teilzunehmen. Es sei zu hoffen, daß die strengen Maßnahmen, die die Regierung vorzunehmen gedenkt, von erneuten politischen Morden abschrecken.

Der Militärputsch in Chile.

Die südamerikanische Revolutionswelle.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 13. September.

Zu dem aus Chile gemeldeten Regierungswechsel schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph", daß Chile nicht der einzige südamerikanische Staat sei, in dem augenblicklich eine Auseinandersetzung zwischen den militärischen Kommandeuren und der Regierung stattgefunden habe. Wie man sich wohl noch erinnern werde, sei erst kürzlich eine Revolution in Brasilien ausgebrochen, weil die Offiziere der Armee und Flotte nicht mehr mit ihrer Besoldung und den Dienstbedingungen einverstanden waren. Wie der Korrespondent erfährt, seien die Unruhen im Norden Brasiliens am Amazonenstrom noch nicht beigelegt. Bemerkenswert hierbei sei, mit welcher Schnelligkeit die militärische Verschwörung fast überall in Südamerika versuchte, ihren Willen gegen den ihrer Regierung durchzusetzen. So verlangten kürzlich die Offiziere von Bolivien den Rücktritt des Präsidenten, und nach letzten Nachrichten aus Peru bedrohen dort die militärischen Autoritäten die Regierung. Auch in Ecuador brodele es bereits, während die Lage in Honduras offenkundig darauf zusteuere.

Oper am Königsplatz.

„Der Leierkasten."

K. W. Max Terpis ist auch nach der Reorganisation des Balletts unserer Staatstheater das einsam hinausragende, große Talent geblieben. Bei den Leistungen der anderen Kräfte erfreut Schule nur teilweise die Wirkung lebendiger Individualität; hat sich bei einem Tanzabend in der Kroll-Oper, namentlich in einigen Solostücken (Kammertänze) gezeigt.

Das Ereignis der Veranstaltung war die Uraufführung Tanzpantomime „Der Leierkasten" von Max Terpis, deren phantastischer Grundgedanke noch ganz andere tänzerische Möglichkeiten geboten hätte, wenn die Musik von Jaap Kool so konventionell und arm an wirklicher Erfindung gewesen wäre. Ein von P. Aravantinos durch expressionistische Mittel gezeichnetes in die Sphäre spukhafter Groteske projizierter Jahrmarkt bildet den Schauplatz der Handlung, in ihrem Mittelpunkt stand ein vergeblichen Liebeskrämpfen verzehrter, häßlicher Buckliger, eine hübsche Modistin ihn verabscheut, sucht er sich in der Zuneigung durch ein Gewitter plötzlich leer und dunkel gewordenen Jahrmarkts zu rächen, indem er den Leierkasten eines stumpfsinnig eingeschlafenen Orgeldrehers verhext und davor einen magisch beleuchteten Zauberkreis beschreibt. Alle, die nachher in den Kreis geraten, verfallen dem Tanzwut bei den Klängen der Orgel: ein Liebespaar, Marktweiber, ein Bretzelboy, eine Gouvernante mit zehn ehrpusselig bezopften Pensionstöchtern, eine dralle Amme mit dem Baby und ihrem verliebten Nigger, der Offizier mit seinen Rekruten. Als auch die Modistin in dem triumphierenden Buckligen bis zur Erschöpfung tanzen muß, werfen die erregten Leute den Urheber des bösen Zaubers hinein in den Kreis, bis der betrogene Betrüger vor Wut den Leierkasten zertrümmert und zum Entsetzen der anderen plötzlich wieder — Erstaunlich viel und Charakteristisches hat Terpis (Buckliger) seinen besten Helfern (Elisabeth Grube (Modistin), Alice Osborn, Harald Kreutzberg, Dorothea Albu usw.) in den wechselnden Situationen herausgeholt. Aber mit Kool als Komponisten von Rang wären die Möglichkeiten noch viel dankbarer und organisch bedingter geworden. So blieb es bei dem zwar außerordentlich interessanten Versuch, der Balletkunst mit modernen Mitteln der Szene und des Ausdrucks neue, gangbare Wege zu deuten. Immerhin ein Beweis für das ernste choreographische Streben am Staatstheater.

Vor der Pause gab eine von Terpis recht bemerkenswerte tänzerische Ausdeutung von Liszts „Tasso", außerdem noch Charaktertänze nach Stücken von Chopin, Glasunow, Pro

Die Tagung des Reichsstädtebundes.

Der Finanzausgleich zwischen Reich und Gemeinden.

Bad Harzburg, 12. September. (Wbd.)

Der Geschäftsleiter des Reichsstädtebundes, Dr. **Hackel** sprach über das Thema: „Die Aufrechterhaltung der Gemeindeselbstverwaltung in ihrem Verhältnis zu Reich, Ländern und den übrigen kommunalen Selbstverwaltungsverbänden." Redner legte seinem Referat folgende Leitsätze zugrunde: Die Aufrechterhaltung der gemeindlichen Selbstverwaltung bildet den Mittelpunkt der Mitgliederversammlungen aller großen kommunalen Verbände. Die Selbstverwaltungen der Gemeinden haben nach der Reichsverfassung und den Landesverfassungen gegenüber Reich und Staat das verfassungsmäßige Recht auf Dasein und auf Uebertragung eines eigenen Wirkungskreises, der ihnen die Erfüllung ihres Daseinszweckes ermöglicht. Die städtischen Selbstverwaltungen fordern daher von der Reichsregierung und dem Reichstag die Wiedereinführung der gemeindlichen Finanz- und Steuerhoheit, soweit sie zur Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz erforderlich ist, und zwar im einzelnen: 1. Die Beseitigung des Dotationssystems auf dem Gebiet der Einkommen- und Körperschaftssteuer und Ersatz durch ein Zuschlagrecht der Gemeinden zu diesen Steuern als Regulator für den örtlich verschiedenen Steuerbedarf. 2. Beteiligung der Länder und Gemeinden mit zusammen 25 Prozent am Ertrag der Reichsumsatzsteuer zur Deckung ihres notwendigsten Einnahmebedarfs. 3. Selbständige Ausschöpfung des Zuschlagrechts zur Einkommensteuer, Hauszinssteuer, den Realsteuern, der Getränke- und Verzehrsteuer durch die Länder bzw. Gemeinden ohne reichsgesetzliche Beschränkung.

Das Korreferat zu dem Referat des Oberregierungsrats Lehmann über die Wohnungsfrage erstattete Bürgermeister **Nahl** (Lennep). Der Korreferent ergänzte die Ausführungen des Oberregierungsrats Lehmann und von diesem im Sinne seiner Ausführungen aufgestellten Leitsätze. Am Nachmittag wurde durch die Besprechung der heute vormittag gehaltenen Vorträge durch Redner der verschiedenen Gruppen ausgefüllt.

An den Reichspräsidenten und den Reichskanzler wurden Begrüßungstelegramme abgesandt, deren Absendung mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Der Abend vereinigte sämtliche Teilnehmer der Tagung im Kurhaus, wo ein Gartenfest mit Konzert und Feuerwerk stattfand.

Am letzten Verhandlungstage des Reichsstädtebundes hielt der preußische Landtagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat Dr. **Höpker-Aschoff** ein Referat über **„Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und Deckung der Gemeindeausgaben".** Er führte u. a. aus: Die zwei Jahre des nach dem Dawes-Plan uns bewilligten Moratoriums müsse benutzt werden, die Ausgaben aller öffentlichen Verwaltungen zu verringern; auch die öffentlichen Verwaltungen müssen sich an den privatwirtschaftlichen Grundsatz gewöhnen, daß die Ausgaben sich nach den Einnahmen zu richten haben. In diesen zwei Jahren muß auch die dringend notwendige Reform der Steuergesetzgebung und Steuerverwaltung durchgeführt werden. Für diese Reform müssen folgende Grundsätze maßgebend sein: 1. Vereinfachung der Steuern, wenige große Steuern. 2. Klare Verteilung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden; es dürfen nicht mehrere Steuergläubiger aus einer Quelle schöpfen. 3. Wiederherstellung der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Länder und Gemeinden, also keine Zuschüsse und Ueberweisungen. 4. Erhebung und Verwaltung der Steuern durch denjenigen Steuergläubiger, dem sie zufallen, wenigstens im allgemeinen. 5. Vereinfachung des Zahlungsgeschäftes, also Bezahlung wenigstens aller direkten Steuern bei einer Kasse.

Der Redner legte dar, wie diese Grundsätze im einzelnen durchgeführt werden sollen.

Ueber das gleiche Thema, insbesondere über die Erfahrungen und Forderungen der Praxis, sprach dann erster Bürgermeister Dr. **Boigt**-Eschersleben. Die Gesetzgebung müsse sich auf einige Steuern beschränken, die so ertragreich sind, daß die Bedürfnisse von Reich, Ländern und Gemeinden gedeckt werden. Auf die Bedürfnisse der Wirtschaft muß mehr als bisher Rücksicht genommen werden. Die Steuern müssen sozial sein und steuertechnisch so einfach, daß ein kleiner Personalbestand in der Lage ist, große Einnahmen hereinzubringen. Der Redner beschäftigte sich dann mit der Einkommensteuer, die wieder ausschließlich den Ländern und Gemeinden überlassen werden müsse. Er forderte Wiedereinführung der Landeseinkommensteuer, zu der die Gemeinden prozentuale Zuschläge erheben. Die Besteuerung könne wesentlich höher sein als heute, wenn eine Anzahl von kleinen Steuern wegfiele. Einer gründlichen Vereinfachung bedürfe die Veranlagung. Die Lohnsteuer sei als durchaus bewährte Einrichtung beizubehalten. Zu ihrer Ergänzung müsse die Selbsteinschätzung in einfacher Form in möglichst weitem Umfange treten.

Wellesz usw. Zwei Nummern, „Trommelspuk" und „Das Unheimliche", zeigten, daß der Tanz auch ohne Musik Perspektiven hat und von eindringlicher Wirkung sein kann. Als musikalischer Leiter des Abends fungierte Selmar Meyrowitz mit Intelligenz und Temperament.

L. H. Possenabend „Alt-Berlin" im Schiller-Theater, renoviert von Jürgen Fehling, hatte auch gestern wieder den Beifall des vollen Hauses, das an der gemütlichen Lustigkeit seiner Vorfahren seine helle Freude hatte. In „Guten Morgen, Herr Fischer!" war Margarete Suffin zwar verschnupft, aber Lucie Mannheim und Max Schreck brachten Tempo und Stimmung in die Affäre. Im „Fest der Handwerker" waren Florath und Hirsch ausgezeichnet. Trotzdem würden wir den vielen Renovierungen einen guten Neubau vorziehen.

L. S. Ilona Walter-Choinanus, die bekannte Konzertsängerin, die nach schwerer Erkrankung ihre künstlerische Tätigkeit wieder aufgenommen hat, feiert in diesen Tagen ihren 60. Geburtstag. Ernst und Vornehmheit waren jederzeit die Kennzeichen ihres Wirkens und haben ihr die Sympathien aller Musikfreunde erworben.

* **Professor Rötting über nationale Kultur.** Im Rahmen seiner Vortragsreihe über „Das Problem einer nationalen Kultur", deren erster, die Auseinandersetzung mit Spengler, hier Nr. 431 vom 19. September wiedergegeben ist, wird Professor Dr. Erik Rötting (Detmold) über „Die Gefahren, die unserer nationalen Kultur drohen" am Dienstag, 16. September, 8 Uhr, im Blüthner-Saal sprechen.

* **Aus der Musikwelt.** Cida Lau ist vom Mozarteum in Salzburg eingeladen worden, im Herbst ein Konzert zu geben und wird unter anderem Hans Pfitzners op. 33 („Alte Weisen") zum Vortrag bringen. Der Komponist wird die Sängerin begleiten.

* **Domkonzert.** Am Dienstag, 16. September, 7½ Uhr, findet im Dom ein Konzert für das Domhilfswerk statt. Ausführende: der Staats- und Domchor unter Leitung von Prof. Hugo Rüdel, das Trio vom Klingler-Quartett und Prof. Walter Fischer, Cembalo.

* **Berliner Konzerte.** Das erste Konzert des Beethoven-Zyklus mit dem Philharmonischen Orchester, Dirigent: Georg Schneevoigt, findet am Donnerstag, 18. September, 7½ Uhr, statt. Solistin: Melanie Kurt. Programm: 1. und 3. Sinfonie (Eroica), Fidelio-Arie. Die öffentliche Hauptprobe findet am Mittwoch, 17. September, 7½ Uhr, statt. — Der Chor der Dom-Kolonien (Leitung S. Jarow) gibt Montag, 15. September, 4½ Uhr, im Bechstein-Saal, ein Konzert. Programm: russische Volkslieder, Kirchengesänge usw. — Am 21. September, 8 Uhr, konzertieren im Harmoniumsaal Lotte Meusel, Charlotte Ramin-Petersen, Gerti Steinthal, Paul Lohmann und Oswald Salzmann. Programm: Gesänge von Händel, Mozart, Puccini u. a. m. bis Hindemith und Mattiesen. Am Flügel: Alex Conrad.

Kabinettswechsel in Peking.

Preminierminister Dr. Yen.

Der Schutz des Europäerviertels in Schanghai. — Keine Intervention Amerikas.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 13. September.

Reuter meldet aus Peking, daß dort gestern Dr. W. W. Yen von dem chinesischen Parlament zum Premierminister gewählt wurde. Dr. Yen (Guiching) wurde 1877 geboren. Er studierte 1895 bis 1897 in Virginia (Vereinigte Staaten) und war während der Jahre 1900 bis 1906 Professor der englischen Sprache an der John-Universität in Schanghai. 1908 bis 1910 war er Sekretär der chinesischen Gesandtschaft in Washington, und wurde von dort nach Peking zurückgerufen, um das Pressebureau zu organisieren, dessen Direktor er wurde. 1912 wurde er zum Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten ernannt. Im Jahre 1913 und dann wieder von 1918 bis 1920 war er Gesandter für Deutschland und Dänemark. 1920 wurde er zum Minister des Aeußern ernannt. Nach seinem Rücktritt wurde er im Dezember 1921 und darauf im Juni 1922, als Tuanhung den Präsidentensitz einnahm und nach ein paar Wochen wieder zurücktrat, zum Präsidenten gewählt.

Die Wahl Dr. Yens erfolgte mit einer Zweidrittelsmehrheit des Parlaments. Marschall Wupeifu und Präsident Tsaokun hatten die Wahl Dr. Yens energisch befürwortet.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, die Washingtoner Regierung habe jetzt ihre Haltung gegenüber der chinesischen Krise klar zum Ausdruck gebracht. Die amerikanischen diplomatischen Agenten, Konsulatsbeamten und Flottenkommandeure in China seien überall mit ihren andern auswärtigen Kollegen an der Arbeit, um das Leben amerikanischer Bürger und deren Besitztum in China zu sichern. Ueber diese lokalen Maßnahmen hinaus sei aber kein Eingriff, der einen gewaltsamen Charakter zur Schau trage, beabsichtigt. Dies könnte auch nur mit Zustimmung des Kongresses geschehen, andererseits sei aber kein Grund vorhanden, der die amerikanische Regierung und deren Vertreter daran hindern könne, China freundschaftliche Ratschläge zu geben. Reuter meldet aus Schanghai, daß dort keine verantwortliche Autorität irgendwelche Angst um die Sicherheit des Europäerviertels hege. Das Freiwilligenkorps, das seit 9. September aufgerufen sei, sei etwa 2000 Mann stark und setze sich aus 850 Engländern, 200 Amerikanern, 200 Japanern, 150 Chinesen und 120 Portugiesen zusammen; außerdem hätten etwa 400 bis 500 altgediente Soldaten ihre Dienste für den Notfall angeboten. Hierzu komme dann noch die 200 Mann starke Truppenlandung der Kriegsschiffe. Man habe sich dahin geeinigt, daß abwechselnd die eine Hälfte der Freiwilligen Sicherheitsdienst in der Stadt versehe und die andere Hälfte in Uniform und mit bereitgehaltener Waffe ihren Pflichten nachgehe.

Karachan, der Vertreter der Sowjetregierung ist kürzlich in die alte russische Gesandtschaft in Peking wieder eingezogen. Es bleibt jetzt übrig, abzuwarten, wie sich seine Beziehungen zu dem diplomatischen Korps innerhalb des Gesandtschaftsviertels in Peking gestalten werden und welche Haltung er bei einem gemeinsamen Vorgehen einnehmen wird.

London, 13. September. (W. T. B.)

Reuter meldet aus Schanghai über die Stellung der einzelnen chinesischen Provinzen. Der Mandschurei-Oberbefehlshaber Tschangsolin wird unterstützt von Kirin, Fengtien und Holungkjang. Der Kriegsminister Wupeifu wird unterstützt von Tschili, Szetschuan, Kansu, Schensi, Schantung, Hunan, Kiangsu, Hupe, Kiangsi, Fukien und Schansi. Dr. Sunjatsen wird unterstützt von Kwangtung, Kwangsi, Jünnan und Kweitschau. Tschekiang ist unabhängig unter Lujunghsiang.

Die Presse über Stresemanns Rede.

Freudige Zustimmung rechts. — Ablehnung im Zentrum und auf der Linken.

Die Mitteilungen, die der Außenminister Dr. Stresemann noch vor dem Antritt der Reichskanzlers von seiner Urlaubsreise und vor dem Zusammentritt des Reichskabinetts, über die Kriegsschulderklärung und die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund Vertretern der deutschen Presse gemacht hat, haben, wie aus der heutigen Berliner Morgenpresse hervorgeht, ein starkes Echo in der Oeffentlichkeit gefunden. Die Rechtspresse, voran die alldeutsche „Deutsche Zeitung", applaudiert ihm auf das lebhafteste: „Zum ersten Male seit vielen Jahren hört man aus der Gegend der Wilhelmstraße Töne, die sich angenehmer als die bisher erklungenen anhören." Die „Kreuzzeitung" stimmt ihm ohne weiteres zu, daß von einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund jetzt nicht die Rede sein könne, und fordert die umgehende Notifizierung der Kriegsschulderklärung. Auch die „Deutsche Tageszeitung" freut sich, „diesmal eine weitgehende Uebereinstimmung der von Dr. Stresemann zum Ausdruck gebrachten politischen Anschauungen mit dem eigenen Urteil feststellen zu können." Mit der Notifizierung dürfe man jetzt auch nicht eine Stunde mehr warten. Kurz, der Außenminister, der vor der entscheidenden Abstimmung der Dawes-Gesetze im Reichstage die Verhandlungen mit den Deutschnationalen unter anderem über ihren Eintritt ins Kabinett geführt hat, erhält jetzt von ihnen, nach langer Zeit des Grolles, eine freundliche Zensur, und zwischen den Zeilen der Rechtspresse kann man bereits lesen, daß nunmehr der Weg zum Bürgerblock, nach der Wegräumung der außenpolitischen Differenzen, gegeben sei.

Anders die „Germania", das führende Zentrumsorgan. Sie läßt, wenn auch vorläufig noch vorsichtig, diese Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kanzler und dem Außenminister durchblicken. Sie verspricht sich von der Notifizierung keinen Erfolg und keinen Nutzen für Deutschland und betont ausdrücklich, daß diese Meinung in weiten Kreisen des Zentrums geteilt werde, vor allem auch im Rheinland. Auch die Meinung, fährt sie fort, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht möglich sei, ehe die Kriegsschuldfrage nicht erledigt sei, dürfte kaum die Zustimmung jener finden, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für eine Notwendigkeit halten. Die ungelöste Kriegsschuldfrage sollte für uns kein Hemmnis, sondern ein Ansporn sein, möglichst bald in den Völkerbund einzutreten. Denn da hätten wir vielleicht die Plattform, von der aus wir eines Tages die große Umwahrheit von Versailles so deutlich und nachdrücklich zur Sprache bringen könnten, daß die Welt sie hören müsse. Der sozialdemokratische „Vorwärts" sieht in der gestrigen Rede des Außenministers bereits die Eröffnung der Regierungskrise, nachdem die Deutsche Volkspartei sich vor der Verabschiedung der Dawes-Gesetze der Rechten gegenüber verpflichtet habe, mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung zu bestehen. Der „Vorwärts" wirft Dr. Stresemann vor, durch seine gestrigen Aeußerungen dem Reichskanzler ein Bein gestellt zu haben, um ihn im Interesse der Deutschnationalen zu stürzen, und fährt dann dort:

„Dieses Gegeneinanderarbeiten bestimmter Stellen gegen andere bestimmte Stellen war das Kennzeichen der letzten wilhelminischen Aera. Ist es nicht merkwürdig? Kaum beginnen die Wilhelminer sich der deutschen Politik zu bemächtigen, so fängt es schon wieder an!

Das Ergebnis dieses Gegeneinanderarbeitens war regelmäßig eine Situation, in der nur die Wahl blieb zwischen einem peinlichen Rückzug und der Austragung eines Konflikts unter ungünstigsten Umständen. Siehe Krüger-Depesche, Marokko — Weltkrieg! Und merkwürdig: auch das fängt auch schon wieder an!

Notifiziert man nicht, so ist es peinlich. Notifiziert man, so ist es schädlich. Glorreicher Beginn der Bürgerblockdiplomatie!"

Der „Vorwärts" betont im Anschluß daran, daß nicht nur aus außen-, sondern auch aus innenpolitischen Gründen für die Sozialdemokratie der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung die Kriegserklärung bedeute. Auf dem Wege dieser Krisis, die jetzt entstanden sei, liege die Reichstagsauflösung. Sie müsse dringender denn je gefordert werden, weil sie das Mittel sei, die Krise auf verfassungsmäßigem Wege zu beenden. Der Bürgerblock würde in diesem Reichstage sowieso keine sichere Mehrheit haben, so möge er versuchen, ob er sie im nächsten bekomme. Unnötig zu sagen, daß gleich uns auch die übrige demokratische Presse den Aeußerungen Dr. Stresemanns gegenüber eine völlig ablehnende Haltung einnimmt. Die „Vossische Zeitung" spricht davon, daß er Deutschland in eine neue Isolierung hineinbringen wolle, in eine Isolierung, die doch lediglich den Deutschnationalen nützen würde. Die „Berliner Volkszeitung" hofft, daß die Auffassungen Dr. Stresemanns sein Privateigentum bleiben werden, und daß der Reichskanzler sowohl in der Völkerbunds- wie auch in der Kriegsschuldfrage eine andere Stellung einnehmen werde. Der „Berliner Börsenkurier" endlich äußert sich in einem Artikel, der die Ueberschrift „Keine Zweideutigkeit" trägt, in demselben Sinne.

Zentrumsvertreter gegen den Bürgerblock.

Vertrauenskundgebung für den Kanzler Marx. — Die katholische Arbeiterschaft geschlossen hinter Dr. Wirth.

In einer Vertreterversammlung der Zentrumspartei im Wahlkreis Düsseldorf-Ost, dessen Spitzenkandidat im Reichstag der Reichskanzler Marx ist, wurde der Bürgerblock gründsätzlich abgelehnt. In einer Entschließung drückte die Versammlung ihre Genugtuung darüber aus, daß die Zentrumspartei keine einseitige Bindung eingegangen sei. Sie erwarte von der Reichstagsfraktion, daß sie nichts unversucht lassen werde, um alle staatsbejahenden Kräfte um die politische Mitte zu sammeln. Weiter wird in einer Entschließung der Reichskanzler der Treue seiner Wählerschaft versichert, verbunden mit dem Wunsche, daß er als Repräsentant deutscher Vertrauenswürdigkeit noch recht lange im Amte bleibe. In einer dritten Entschließung wird es den örtlichen Instanzen und damit den Zentrumsanhängern freigestellt, sich dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold anzuschließen. Im Bezirk Düsseldorf hat die Geschäftsführung der Zentrumspartei den Aufruf zum Eintritt in diese Vereinigung mit den Demokraten und Sozialdemokraten unterschrieben.

In der letzten Woch fanden auch in einer Reihe rheinischer Orte Versammlungen der katholischen Arbeitervereine statt, die sich gegen eine Bürgerblockregierung aussprachen. Lebhafte Zustimmung fand in allen Versammlungen die offenmütige Stellungnahme Dr. Wirths gegen die Bildung eines Bürgerblocks, die vollkommen der Auffassung und Haltung der katholischen Arbeiterschaft entspreche. Die katholische Arbeiterschaft, heißt es in diesem Bericht, steht hier geschlossen hinter Dr. Wirth.

Ehrhardts Wiking-Bündler als Räuber.

Die Plünderungszüge an der thüringischen Grenze vor Gericht. — „Auf Befehl völkischer Offiziere".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München,** 13. September.

Vor dem Schöffengericht Bamberg wurde in den letzten Tagen ein Prozeß gegen 15 Mitglieder des Bundes Wiking verhandelt, der auf Anordnung des damaligen bayerischen Generalstaatskommissars Kahr unter Ehrhardts Führung im Herbst 1923 an der Thüringer Grenze mit aufmarschiert war. Die Angeklagten hatten unter Führung des stellvertretenden Kompagnieführers Georg Kriese, eines vielfach vorbestraften Mannes, förmliche Raubzüge in die Umgebung unternommen. In Unter-Merzbach erzwangen sie mit Waffengewalt den Zutritt in das Haus des Kaufmanns Karl Goldstein, sperrten die Eheleute unter Mißhandlungen und Todesdrohungen ein und zwangen Goldstein mit vorgehaltenem Revolver, den Kassenschrank zu öffnen und raubten alles Geld und alle vorhandenen Wertsachen. Die Beute wurde dann im Quartier verteilt. In der Gerichtsverhandlung verteidigten sich die Angeklagten damit, daß sie auf Befehl ihrer Offiziere gehandelt hätten. Einer der Offiziere, der protestantische Pfarrer Johnson aus Koburg, der jetzt völkischer Abgeordneter im bayerischen Landtag ist, habe ihnen bei einem Appell erklärt, daß sie sich die benötigten Schuhe bei den Juden holen sollten. Die weitere Beweisaufnahme ergab geradezu haarsträubende Zustände bei den sogenannten Grenzschutzverbänden. Das Urteil lautete gegen Kriese wegen Verbrechens und schweren Raubes auf eineinhalb Jahr Gefängnis. Neun weitere Angeklagte erhielten Gefängnis bis zu einem Jahre und einem Jahr fünf Monaten, die übrigen — bis auf einen Freispruch — kürzere Gefängnisstrafen.

---

* Die Stadt **München** hat, wie unser □-Korrespondent berichtet, beschlossen, ihren diesjährigen Ueberschuß von 12 Millionen Mark für Gebührenermäßigung ihrer Straßenbahnen, des elektrischen Stromes und des Gases zu verwenden. Der elektrische Strom wird von 19 auf 17 Pf., das Gas von 20 auf 18 Pf., die Straßenbahn von 15 und 20 Pf. auf 10 und 15 Pf. herabgesetzt.

Untergrundbahnhof „Friedrichstadt".

Neue Bahnhofsnamen bei der Untergrundbahn.

Nach den Erfahrungen bei dem gemeinschaftlichen Betriebe der Stammstrecken der Hochbahngesellschaft und der städtischen Nordsüdbahn hat sich, um Unklarheiten zu vermeiden, die Umbenennung einiger Bahnhöfe als wünschenswert erwiesen. Die beiden jetzt „Leipziger Straße" benannten Bahnhöfe in der Mohrenstraße und an der Kreuzung der Friedrich- und der Leipziger Straße, die zu Umsteigezwecken durch einen Gang verbunden sind, erhalten beide den Namen „Friedrichstadt"; zur Unterscheidung führt der Bahnhof in der Mohrenstraße den Zusatz „Mohrenstraße", der Bahnhof der Nordsüdbahn den Zusatz „Leipziger Straße". Ferner wird die jetzige Haltestelle „Bahnhof Friedrichstraße" am Stadtbahnhof gleichen Namens zur Vermeidung von Verwechselungen umbenannt in „Stadtbahn" (Friedrichstraße). Außerdem wird auf Wunsch der städtischen Verkehrsdeputation die jetzige Hochbahnhaltestelle „Stralauer Tor" fortan „Osthafen" (Stralauer Tor) benannt. Die neuen Bezeichnungen gelten vom Montag, den 15. September ab.

*

Für die am 22. September beginnende **eisenbahntechnische Tagung** und die damit in Verbindung stehende Ausstellung auf dem Gelände des **Verschiebebahnhofs Seddin** sind die Vorbereitungen so gut wie fertig. An dem Aufbau der Ausstellung ist ein Dreivierteljahr gearbeitet worden. Die hundertzwanzig Lokomotiven aller Systeme und die hundertfünfzig Personen-, Güter- und Gerätewagen bedecken eine Fläche von 6000 Quadratkilometern. Zu der in der Kroll-Oper stattfindenden Tagung haben sich etwa zweitausend Teilnehmer angemeldet, darunter befinden sich dreihundert Auslandsvertreter und siebenhundert Mitglieder der Reichseisenbahnbehörden. Fünfzig bekannte Fachleute aus Deutschland, Oesterreich, Holland, der Schweiz, Schweden, Rußland und Amerika werden technische Probleme erörtern.

Drei neue Verkehrsunfälle. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Kraftdroschken ereignete sich heute vormittag an der Straßenkreuzung Alexander- und Holzmarktstraße. Der Anprall war so stark, daß beide Wagen stark beschädigt wurden. Ein Passant wurde bei dem Zusammenstoß zu Boden geschleudert und erlitt einen schweren Schädelbruch. Er wurde im hoffnungslosen Zustande nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Auf der Potsdamer Chaussee, in der Nähe der Glienicker Brücke, verbrannte gestern ein mit Emaillewaren beladener Lastkraftwagen. Bei den Löscharbeiten wurde der Feuerwehrmann Ewald Krause von einem Motorradfahrer angefahren und verletzt. Kurze Zeit darauf wurde an derselben Stelle die fünf Jahre alte Martha Hellapp aus der Wannseestraße 5 von einem Automobil überfahren und getötet.

Jackie Coogan in Frankreich.

Wie der neunjährige Filmstar empfangen wurde.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 13. September.

Jackie Coogan ist gestern an Bord des „Leviathan" in Cherbourg eingetroffen. Zehn Journalisten und zwanzig Photographen standen bereit, um den jugendlichen Filmstern mit allen Ehren zu empfangen. Jackie saß mit seinen Eltern beim Frühstück und lächelte mit der gewinnenden Leutseligkeit seiner neun Jahre. Er sagte das gleiche, was auf der Rückreise von Amerika der 83jährige Clemenceau gesagt hat, daß die Reise sehr schön gewesen sei und daß er nicht seekrank geworden wäre, weil er „Seebeine" habe. Am Tage vorher hatte Jackie den Kapitän des „Leviathan" und den Sohn des Generals Pershing zum Frühstück empfangen. Um für die freundliche Begrüßung durch die Presse zu danken, sang Jackie ein amerikanisches Kinderlied. Das Entzücken war groß, der Beifall rasend. Unter den Zuhörern war der Bischof von Trenton, Walsh, der Jackie Coogan nach Rom begleiten wird, um ihn dem Papst vorzustellen. Denn der kleine Amerikaner befindet sich auf einer Wohltätigkeitsexpedition. Er bringt armen Kindern in Armenien und Griechenland die Lebensmitel, für deren Ankauf er in Amerika gesammelt hat. Jackie wird von einer Gouvernante und einem Professor begleitet.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Teils heiter, teils bewölkt ohne erhebliche Niederschläge, am Tage mäßig warm.

A. F. C. Ein Prozeß um Kreislers „Liebesleid". Die von Fritz Kreisler unter dem Titel „Liebesleid" herausgegebenen „Alt-Wiener Tanzweisen" wurden vor einiger Zeit von einer Cafékapelle des bekannten Opernkellers in Stockholm aufgeführt. Kreisler hielt die Aufführung der Komposition für tantiemepflichtig und erhob dementsprechend Klage beim Stockholmer Stadtgericht, das trotz zweimaliger Verhandlung noch zu keiner Entscheidung gelangen konnte. Die Beklagten, die Direktoren des Opernkellers, Georg und Gustaf Steinwall, machten geltend, daß die Komposition nur eine Bearbeitung darstelle und aus diesem Grunde nach schwedischem Recht nicht tantiemepflichtig sei, und daß selbst, wenn die Tantiemepflicht nachgewiesen werden könne, diese den Kapellmeister und nicht den Gastwirt träfe. Das Gericht hat zunächst weitere Zeugenvernehmungen beschlossen. — (Dazu schreibt unser juristischer Mitarbeiter: Nach den §§ 11, 12 des deutschen Reichsgesetzes vom 19. Juni 1901, betreffend das Urheberrecht an Werken der Tonkunst, steht nicht bloß dem Urheber, sondern auch dem Bearbeiter eines Werkes der Tonkunst die ausschließliche Befugnis zu, sein Werk öffentlich aufzuführen. Mit dem ersten der beiden Einwände dürften also die Beklagten, selbst wenn es sich bei Kreislers „Tanzweisen" nur um eine Bearbeitung handeln sollte, nach deutschem Rechte schwerlich Glück haben. Auch darin scheinen uns die Beklagten im Unrecht zu sein, daß sie die Verantwortlichkeit für die öffentliche Aufführung von sich abzuwälzen suchen; als Veranstalter sind sie dafür auch verantwortlich. Wie es sich hiermit nach schwedischem Rechte verhält, entzieht sich unserer Kenntnis, da Schweden weder der „Berner Uebereinkunft" beigetreten ist, noch ein Sonderabkommen mit dem Deutschen Reiche getroffen hat.)

* **Die Handels-Hochschule Leipzig** veranstaltet vom 29. September bis 4. Oktober ihre zweite Hochschulwoche, in der von Vertretern der Wissenschaft und der Praxis Vorträge über Aenderungen und Aufgaben des deutschen Wirtschaftslebens gehalten werden. Insbesondere behandeln die Vorträge die Hauptfragen der Weltwirtschaft, der deutschen Außenhandelspolitik, des Kreditwesens, des Wirtschaftsrechtes, der Unternehmerorganisation, des Steuerwesens, des Güterverkehrs usw. Programme sind von dem Sekretariat der Handels-Hochschule, Leipzig, Ritterstraße 8-10, zu beziehen.

* **Bildende Kunst in Braunschweig.** In Braunschweig ist eine „Gesellschaft der Freunde junger Kunst" gegründet worden. Sie will Werke der jungen bildenden Kunst ankaufen zwecks Schaffung einer modernen Galerie, die der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll; weiter plant sie regelmäßige Ausstellungen.

* **Schülervorstellungen.** Um die darstellende Kunst dem Verständnis unserer Jugend näherzubringen, veranstaltet die Stadt Berlin Schulvorstellungen, an denen sich alle Schulen beteiligen können. Die Eröffnungsvorstellung bringt am 17. September Grillparzers „Des Meeres und der Liebe Wellen" im Berliner Theater. (Anfang 3 Uhr.)

Handel und Verkehr.

* Brief von der Amsterdamer Börse.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Amsterdam, 12. September.

Die bessere Stimmung der vorigen Woche setzte sich zunächst noch fort. Allmählich wurde der Umsatz geringer und die Stimmung etwas unlustig, obwohl von ausgesprochenem Rückgang noch keine Rede war.

Unverkennbar ist das Publikum jetzt zurückhaltender, und wie optimistisch die Tagespresse auch schreibt, wie hoffnungsvoll New-York kabelt und wie gute Nachrichten auch aus den Kolonien kommen, das Publikum beharrt in seiner Haltung. Im Mittelpunkt standen Schiffahrtswerte. Bessere Nachrichten vom Frachtenmarkt regten an, doch war Mitte der Woche der höchste Kurs erreicht; es folgte ein Rückgang durch die Gewinnmitnahme der Haussiers. In Oelwerten war das Geschäft verhältnismässig wenig bedeutend, die Preise waren jedoch gut behauptet. Gerüchte über ein Zusammengehen der Königlichen und der Standard in Rumänien hatten indessen keinen Einfluss, und auf die Andeutung im „Algemeen Handelsblad" und anderen Zeitungen, dass der Konzern Königliche—Shell mit ziemlich allen unabhängigen amerikanischen Oelgesellschaften zusammenarbeite, ja sogar die Kontrolle bekäme, blieb eine Oelhausse aus.

Staatsanleihen: Niederländische im allgemeinen fest, Deutsche schwankend ohne bestimmte Tendenz. Umsätze in diesen ziemlich gross, Angebot und Nachfrage meist von deutscher Seite, wenigstens nicht aus Holland. Russen unregelmässig, Mexikaner angeboten.

Von den nichtamtlich notierten deutschen Werten wurden gehandelt (in Gulden, per 1000 M. nom.):

	5.	6.	8.	9.	10.	11.
A.E.G.	72	72	72,50	66	—	65
Badische Anilin	130	132	129	127	—	116
Elberfelder Farbenfabr.	—	—	—	104	—	—
Deutsche Kali	—	320	—	—	—	—
Hapag	193	199	197	195	190	187
Norddeutscher Lloyd	55	59	56	55	51	51
Deutsche Bank	—	76	75	—	—	72

Die Abschwächung am Ende der Woche ist auf deutsches Angebot zurückzuführen. Diese Woche fand die **erste grosse Effektenauktion** statt. Der Verkauf erfolgte in Partien, wir nennen: nom. 110 000 Reichsmark div. deutsche Stadtanleihen (Barmen, Bremen und Frankfurt) 4 bis 5proz. = 870 Gulden; nom. 32 000 Reichsmark Frankfurt am Main 5proz. = 148 Gulden; div. Aktien Frankfurter Bank zu 1000 Reichsmark je 6 Gulden. Die Erlöse für deutsche Papiere sind jedoch noch hoch im Vergleich mit russischen, z. B.: nom. 100 Rubel 5proz. Lose von 1866 und nom. 500 Gulden Scrips, Donau-Hypothek im Haag zusammen 0,25 Gulden.

Auf dem **Valutenmarkt** war nach wie vor für Paris sehr viel Interesse. Amsterdam hat hier die Neigung, Paris zu hoch einzusetzen; sehr oft lag Paris im freien Verkehr merklich höher als die Weltparität. Die Marge Paris—Brüssel war noch nicht 1 Gulden. Der Handel in Pfund liess stark nach. Grosse Umsätze fanden in Dollars statt, die nicht weiter gestiegen sind, vielmehr Miene machten, zurückzugehen.

Auf dem Terminmarkt galten folgende Prämien:

	Einkauf. Zuschlag pro Monat:	Verkauf. Abschlag pro Monat:
London	0,00⅛	0,00⅜
New-York Cable	0,00⅛	0,00¼
Paris	0,02	0,00½
Brüssel	0,01½	pari

Was den **Geldmarkt** anbelangt, so war Prolongationsgeld, am 5. und 6. auf 2, am 8. wieder 2¼ und erreichte am 11. 2½ pCt. Ein Gleiches finden wir beim Privatdiskont, der 2⅛ bis 2⅜ pCt. notierte. Auch bei den Depositensätzen war Neigung zum Anziehen; diese stellen sich: tägliches Geld 1—1½, 1 Monat 2, 3 Monate 2½, 6 Monate 3, 12 Monate 4½ pCt. Von 1 Monat ab ist auch ein höherer Zinsfuss möglich, namentlich bei grösseren Beträgen.

Kredite für Deutschland waren wieder stärker gesucht. Anträge von Gemeinden waren sehr zahlreich, u. a. aus Sachsen, Thüringen, Bayern und auch wieder Rheinland, über je 1 bis 5 Millionen. Auch von Privatseite liegt wieder mehr Begehr vor, doch bewegen sich die Zinsengebote nicht auf der früheren Höhe. Ebenso macht sich erneut starker Begehr für Hypotheken nach Deutschland geltend, ohne dass er sich in einer Geneigtheit äusserst, jeden Satz zu zahlen. Die Abschlüsse erreichten keine hohe Zahl. Soweit solche vorliegen, galten als Zinssatz für Exportkredite 7½ bis 8½ pCt., für Kredite auf deutsche, in Amsterdam nicht amtlich notierte deutsche Effekten 8 bis 10 pCt. Im allgemeinen waren die Kreditempfänger grössere in Holland eingeführte Firmen. **Hypotheken aus Privathand** für kleinere deutsche Firme[n] und Private gelangten mit 12 bis 15 pCt. zum Abschluss, sofe[rn] dem Wunsche nach Extrasicherheit, besonders Bürgschaft, en[t]sprochen werden konnte.

---

* **22,5 Mill. Goldmark Ueberschuss in de[r] ersten Septemberdekade.** Die Reichshauptkasse hat [in] der Zeit vom 1. bis 10. September 119,9 Mill. M. vereinnahm[t] und 97,4 Mill. M. verausgabt. Der Ueberschuss beträgt mith[in] 22,5 Mill. M. Die Erlöse aus der Begebung der Rentenmar[k]schatzwechsel haben sich von 89,7 auf 96,5 Mill. M. erhöht.

☐ **Vom Michael-Konzern.** Die Nachricht, dass der Michae[l-]Konzern seine Interessen auf den Iduna-Versiche[]rungskonzern ausgedehnt habe, eilt, wie uns aus Verwaltung[s]kreisen des Michael-Konzerns mitgeteilt wird, den Tatsachen weit vo[r]aus. Der Michael-Konzern hatte vor einiger Zeit Interesse an der Ge[r]mania Versicherungsgesellschaft in Stettin genommen, welche G[e]sellschaft in freundschaftlichem Verhältnis zum Iduna-Versicherung[s-]Konzern steht. Es liegt in der Absicht des Michael-Konzerns, Mitglied[er] des Aufsichtsrats aus der Germania Versicherungsgesellschaft in Stett[in] in die Verwaltung des Iduna-Versicherungs-Konzerns zu entsenden. [In]wieweit der Michael-Konzern sich an einer Erweiterung der Kapitalba[sis] des Iduna-Konzerns beteiligen wird, lässt sich noch nicht sagen.

Betriebseinstellung der Röchling-Werke. — Ein[e] Folge der Politik der französischen Grubenverwaltun[g]. Das Röchling-Eisen- und Stahlwerk und das Ede[l]stahlwerk Röchling in Völklingen haben ihren Belegschaft[en] bekanntgegeben, dass sie jetzt tatsächlich zur Einstellung des Betrieb[s] gezwungen seien, da die Bemühungen, eine Ermässigung d[er] Kohlenpreises zu erwirken, ohne Erfolg geblieben seien. [Die] Löhne für eine Tonne Eisen seien heute um 82,5 pCt. gestiegen, d[ie] Kosten für eine Tonne Kokskohle um 54 pCt. und die Kosten für d[ie] Tonne Fettstückkohle um 60 pCt. Dagegen sei der Eisenpreis gege[n]über der Vorkriegszeit nur um 20 pCt. gestiegen. Eine Aufrechterha[l]tung des Betriebes sei zurzeit nur unter folgenden Bedingungen möglic[h:] die achtstündige Arbeitszeit bleibt bestehen für die Feuerarbeiter, alle[r]dings müsste man hier einen Lohnabbau um 15 pCt. in Kauf nehme[n,] auch seien Ueberstunden nach den Erfordernissen des Betriebes [zu] leisten. An allen anderen Stellen müsse man sich entweder mit eine[m] Lohnabbau von 25 pCt. oder mit einer Mehrleistung von zwei Ueb[er]stunden über die Achtstundenschicht hinaus einverstanden erklär[en.] Die Gesamtsumme für die sozialen Zulagen, die neu zu regeln sei[en,] müsste um 25 pCt. gekürzt werden. In ihrer Bekanntgabe sprech[en] die Werke die Hoffnung aus, dass die französische Grubenverwaltu[ng] sich nicht dauernd den wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Saargebi[et] verschliesse, und dass in Kürze auch der erforderliche Preisabbau f[ür] Kohle eintrete, denn es erscheine auf die Dauer ungeheuerlich, da[ss] die Bergwerksverwaltung in diesem Jahre monatlich einen Reingewi[nn] von Millionen Francs einheimse, der ihr nachgerechnet werden könnt[e,] während die Grosseisenindustrie an der Saar monatlic[h] mit Millionen Francs Verlust arbeiten müsse.

* **Betriebserweiterungen beim Kaliwerk Neubleich[e]rode.** Wie uns gemeldet wird, nimmt das den Deutschen Kal[i]werken Akt.-Ges. gehörige Kaliwerk Neubleicherode B[e]triebserweiterungen vor, da das Werk bis Mitte März [ge]nügend mit Aufträgen versehen ist.

* **Muldentalwerke Akt.-Ges. — Noch immer Papie[r]mark-Kapitalerhöhungen.** Die Verwaltung beantragt eine K[a]pitalerhöhung um 500 000 Billionen M. durch Ausgabe neuer Stammakti[en] zu je 100 Billionen zu 100 pCt. zuzüglich Kosten und Stempel, die d[en] Aktionären im Verhältnis ihres Aktienbesitzes restlos anzubieten sin[d.] Weiter soll das Stimmrecht der 10 Mill. M. Vorzugsaktien derart erhö[ht] werden, dass es zusammen 20 pCt. der neuen durch die Kapitalerhöhu[ng] hinzugekommenen Stimmen beträgt.

* **Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg — Gesel[l]schaft für Lindes Eismaschinen Akt.-Ges.** in Wie[s]baden. Seti einiger Zeit schweben laut „Frankfurter Zeitung" Ve[r]handlungen über eine Neugestaltung der seit mehreren Jahren bestehe[nden] Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften auf dem Gebiete d[er] Eismaschinenherstellung. Die Verhandlungen haben bish[er] noch nicht zu einem endgültigen Abschluss geführt.

* **Aus dem Richard Kahn-Konzern.** In der am 11. Se[p]tember 1924 abgehaltenen Generalversammlung der Riebe-Wer[ke] Akt.-Ges. zu Berlin-Weissensee wurde die Goldmark[-]eröffnungsbilanz genehmigt. Das bisherige Kapital betr[ug] 75 Millionen Papiermark. Das Goldmarkkapital wurde auf 4 005 0[00] Goldmark festgesetzt, wovon 4 000 000 Goldmark auf die Stammakti[en] und 5000 Goldmark auf die mit mehrfachem Stimmrecht versehen[en] Aktien Litera B entfallen. Dementsprechend werden die Stammakti[en] im Verhältnis von 70 : 4 zusammen gelegt. — Der gesetzliche Reserv[e]fonds wurde mit 400 500 Goldmark dotiert. Neu in den Aufsichts[rat] gewählt wurde Bankier Fritz Bruck, Mitinhaber der Firma Alexand[er] Loewenherz Nachflg. zu Berlin. Die Einführung der Stammaktien z[um] amtlichen Verkehr an der Berliner Börse ist beabsichtigt.

* **Zu dem Konkurs bei der Firma Berliner Text[il-]Haus S. Lipschütz** in Königsberg i. Pr. wird uns von [der] Firma selbst mitgeteilt, dass am 11. September ein Vergleichstern[in] stattgefunden hat. Die Firma hat den Gläubigern eine Quote von 35 p[Ct.] geboten, auf welcher Basis ein Vergleich zustande gekommen ist. [Die] selbstschuldnerische Bürgschaft hat das Bankhaus Venohr & Rudorff [in] Königsberg i. Pr. übernommen. Die Firma „Berliner Textil-Haus, I[nh.] Sally Lippschütz", wird nach wie vor beibehalten. Inhaber sowie G[e]schäftsführung bleiben in alten Händen.

* **Deutscher Genossenschaftstag in Hannover.** [Der] 61. deutsche Genossenschaftstag setzte am zweiten Tage seine Beratun[gen] fort. Direktor Ullmann-Heidelberg trat für Wiedereinführu[ng] des Bankgeheimnisses ein. In einer Entschliessung wurde [der] Reichsfinanzminister gebeten, die den Geldinstituten auferlegte A[us]kunftspflicht im Steuererklärungsverfahren aufzuheben, damit bra[ch]liegende Gelder der Wirtschaft zugeführt werden können. Direk[tor] Korthaus hielt einen Vortrag über die Bedeutung des Genoss[en]schaftswesens für Gegenwart und Zukunft. Er führte aus, dass der [ge]werbliche Mittelstand, der beinahe alle Barmittel verloren hätte, geg[en]über den 4500 Syndikaten und Kartellen hilflos sei. D[em]gegenüber könnte nur das Genossenschaftswesen helfen, das dem gew[erb]lichen Mittelstande den Zugang zum Weltmarkt und Kreditmarkt öf[fne.] Erst in der jetzigen Zeit beweise das Genossenschaftswesen seine üb[er]ragende Bedeutung für das ganze wirtschaftliche Leben des Volkes [und] ganz besonders für den Mittelstand.

Die Bank von Polen hat den Diskontsatz für au[s]ländische Wechsel von 10 auf 8 pCt. herabgesetzt.

Bankwissenschaftliche Vorlesungen des Deutschen Ban[k]beamtenvereins Zweigverein Berlin. Anfang Oktober begin[nen] wieder die Vorlesungen, von denen besonders hervorzuheben sind [die]jenigen über: Volkswirtschaftslehre, Technik und Organisation [des] Bankbetriebes, Wechselrecht, Effekten und Effektenhandel, Hy[po]theken- und Grundbuchrecht, Bankbuchhaltung, Bankrechnen [und] Sprachkurse. Die Reihe der Einzelvorträge wird eröffnet durch [] Adolf Damaschke Donnerstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr: „Ist [eine] Versöhnung zwischen Sozialismus und Individualismus möglich?" [Der] Vortrag und die Vortragskurse finden in der Aula Georgenstrasse [] statt. Eintrittskarten respektive ausführliche Programme sind [zu] haben in der Geschäftsstelle des Zweigvereins Berlin, Französis[che] Strasse 57/58, III.

---

* **Ueberseeische Wollen.** Von fachmännischer Seite wird [uns] mitgeteilt: Die 5. Londoner Auktionsserie beginnt [am] 16. September und soll voraussichtlich bis zum 8. Oktober dauern[;] in dieser Zeit ein Angebot von ca. 182 500 Ballen Wolle umfassen. Sydney eröffnet die Saison am 15. September und kommen bis 24. [Sep]tember ca. 52 000 Ballen unter dem Hammer, gefolgt von Brisbane [] 30. September bis 2. Oktober mit einer Auswahl von ca. 43 000 Bal[len.] Adelaide bringt am 19. September ca. 30 000 Ballen zum Verk[auf,] während in Melbourne am 29. September ca. 15 000 Ballen angeb[oten] werden.

* **Alexandria,** 12. September. Ashmouni Oktober 29,15 (2[]) Sakellaridis November 38,90 (38,40). Ashmouni Dezember 29,45 (2[]) Sakellaridis Januar 38,50 (38,05), Ashmouni Februar 29,70 (29,90), Sa[kel]laridis März 38,70 (38,20).

* **Buenos Aires,** 12. September. Weizen fest, per Oktober [] (1495), per Februar 1390 (1375). Mais per Oktober 1050 (1050), per Deze[mber] 1000 (1085). Hafer per Oktober 1010 (1000). Gerste loko 1050 (1050), [Lein]saat Tendenz fest, per Oktober 2300 (2265), per Februar 2140 ([]) Wetter schön.

* **Rosario,** 12. September. Weizen Tendenz fest, per Oktober [] (1445), per Februar 1370 (1335). Mais per Oktober 1040 (1025), per [De]zember 1070 (1055), Leinsaat Tendenz fester, per Oktober 2265 (2225), [per] Februar 2100 (2070). Wetter bewölkt.

---

* **Georg Droescher,** der frühere Oberregisseur des Berliner Opernhauses, begeht am Mittwoch seinen 70. Geburtstag. Droescher, der als „jugendlicher Liebhaber" weit an den deutschen Bühnen herumgekommen war, übernahm 1884 die Regie und künstlerische Leitung des Oldenburger Hoftheaters. Von dort kam er 1896 an die Berliner Hoftheater. Als Oberregisseur der Oper hat er hier einen entscheidenden Einfluß auf das Kunstinstitut unter Hülsens Leitung gehabt. Als er ausschied, wandte sich der vielseitig interessierte Mann der wissenschaftlichen Theaterforschung zu und erhielt noch ein Sechziger die Doktorwürde. Auch als Uebersetzer und Bearbeiter hat er sich bewährt.

Wochenspielplan der Berliner Bühnen.

Erstaufführungen. Neues Operettenhaus: 15. Vorstadttheater. — Kleines Theater: 17. Yoshiwara. — Lustspielhaus: 18. Die Zwillingsschwester. — Tribüne: 18. Der einsame Weg. — Renaissance-Theater: 19. Libelle. — Metropoltheater: 20. Gräfin Mariza. — Schloßparktheater: 20. I. Klasse — Lottchens Geburtstag.

Staatl. Opernhaus: 14. Carmen; 15. Walküre; 16. Salome; 17. Entführung; 18. Siegfried; 19. Troubadour; 20. Mona Lisa; 21. Götterdämmerung; 22. Barbier von Sevilla.

Staatl. Schauspielhaus: 14., 19., 21. Medea; 15. Der arme Vetter; 16. Journalisten; 17. Viel Lärm um nichts; 18. König Nicolo; 20. Wilhelm Tell; 22. Nathan.

Oper am Königsplatz: 14., 20. Boheme; 15. Cavalleria — Bajazzi; 16. Tiefland; 17., 18. Martha; 19., 21. Susannes Geheimnis — Leierkasten; 22. Freischütz.

Deutsches Theater: Sumurun.

Kammerspiele: 15., 17., 19., 22. Fräulein Julie; 16., 18., 21. Ingeborg; 20. Der Kreis.

Großes Schauspielhaus: Die zehn Gebote (Film).

Lessing-Theater: Wien gib acht!

Theater in der Königgrätzer Straße: Hans Sonnenstößers Höllenfahrt.

Berliner Theater: Der süße Kavalier.

Komödienhaus: Mein Vetter Eduard.

Deutsches Opernhaus: 14. Aida; 15. Fledermaus; 16. Rheingold; 17. Der Prophet; 18. Tosca; 19. Walküre; 20. Die Jüdin; 21. Lohengrin; 22. Carmen.

Große Volksoper: 14. Lohengrin; 15. La Traviata; 16. Der Wildschütz; 17., 19., 22. Martha; 18. Mignon; 20. Die Zarenbraut; 21. Carmen.

Volksbühne: 14., 15., 16., 18. Basantasena; 17. Der Heimatlose — Die Rache des verwöhnten Liebhabers; 19., 21., 22. Fahnen; 20. Schneider Wibbel.

Residenztheater: Die vier Schlaumeier.

Trianontheater: Sie.

Kleines Theater: Der Teufelsadvokat; ab 17. Yoshiwara.

Centraltheater: D. G'wissenswurm

Theater am Kurfürstendamm: Die Frau ohne Kuß.

Tribüne: bis 15. Der Gatte des Fräuleins; 16. u. 17. geschlossen; ab 18. Der einsame Weg.

Renaissancetheater: 14. Scheiterhaufen; 15.—17. geschlossene Vorstellungen; ab 18. Libelle.

Theater in d. Kommandantenstraße: Mister Globetrotter.

Schloßparktheater: bis 19. Prinz von Homburg; ab 20. I. Klasse — Lottchens Geburtstag.

Lustspielhaus: ab 18. Die Zwillingsschwester.

Schiller-Theater: 14., 16., 19., 21., 22. Alt-Berlin; 15., 17., 18., 20. Candida.

Theater am Nollendorfplatz: Gösta Berling (Film).

Neues Operettenhaus: Vorstadttheater.

Metropoltheater: 13. bis 15. Mascottchen; 16. bis 19. geschlossen; ab 20. Gräfin Mariza.

Wallner-Theater: Uriel Acosta.

Komische Oper: Das hat die Welt noch nicht gesehn.

Dramatisches Theater: 14. bis 17., 20., 21., Komödie um Rosa; 18., 19. Gilles und Jeanne.

Theater im Admiralspalast: Noch und Noch.

Intimes Theater: Besuch im Bett usw.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrow[ski;] für auswärtige Politik: Josef Schwab; für Lokales, Vermi[schtes,] Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt; für das Feuilleton: [] Dr. Hanns Hermann Cramer; für Wissenschaft: Dr. Gotth[old] Mamlock; für den Roman: Fritz Engel; für die Handelszeit[ung:] Dr. Adolf Roeder; für den übrigen Teil des Blattes: Albert [] für die Inserate: Heinrich Baron; sämtlich in Berlin. Druck und Ve[rlag] Rudolf Mosse in Berlin.

Hierzu 1 Beibla[tt].

Abend-Ausgabe
Sonnabend, den 13. September 1924

Handels Zeitung des Berliner Tageblatts

Nr. 437 ★ Beiblatt
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin

Der Steuerdruck.

Von

Dr. Felix Pinner.

In der Reihe der Faktoren, mit denen Industrie und Handel in Deutschland die Schwierigkeit, wenn nicht gar Unmöglichkeit eines Preisabbaus, einer Zurückführung der deutschen Inlandspreise auf das Niveau der konkurrierenden Auslandspreise zu begründen pflegen, nehmen neben den zu hohen Zinsen und Frachten insbesondere auch die hohen Steuerlasten eine entscheidende Stelle ein. Wie ist es möglich, die Inlandspreise energisch herabzusetzen, wenn diese Elemente der Produktionsrechnung um ein Mehrfaches die entsprechenden Friedensansätze übersteigen, wenn die Frachten mehr als doppelt so hoch sind wie vor dem Kriege, wenn die Zinsenausgaben den Friedensumfang um das drei- bis vierfache, die Steuern gar um das fünf- bis sechsfache überschreiten? Diese Frage kehrt in den Argumentationen, die die Wirtschaftskreise den Forderungen nach einer Fortführung des Preisabbaues entgegenzusetzen pflegen, immer aufs neue wieder. Man kann diesen Gründen zweifellos eine gewisse Berechtigung nicht versagen, und wenn auch darüber die von den wirtschaftenden Kreisen selbst abhängigen Verbilligungsmöglichkeiten der Selbstkostengestaltung, insbesondere die Probleme der technischen und ökonomischen Verbesserung des Produktions- und Absatzprozesses, nicht vernachlässigt werden dürfen, so ist es doch nicht minder notwendig, auch den der Produktion von aussen her aufgezwungenen Kostenelementen und der Möglichkeit ihrer Herabsetzung eine intensive Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Frage der Zinsenermässigung, deren innere Voraussetzungen sich in der letzten Zeit unter dem Einfluss der wieder beginnenden Kapitalbildung im Inlande und der nach Annahme des Dawes-Planes stärker werdenden Zuführung von Auslandskapital günstiger zu gestalten scheinen, ist durch die Initiative des Reichsbankpräsidenten neuerdings in ein akutes Stadium getreten. Die bevorstehende mit einer Kohlenpreisermässigung kombinierte Frachtenherabsetzung um 10 pCt. bedeutet einen weiteren Schritt auf dem Wege des Abbaus der Produktionskosten. Nahezu unangeführt ist bisher nur noch das Steuerproblem, wenn man von der geplanten geringfügigen Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 pCt. und den in der Praxis bisher nur schwach in Erscheinung getretenen Stundungsmöglichkeiten absieht, für die durch einige Erlasse des Reichsfinanzministers eine administrative Grundlage geschaffen worden ist. Gerade aber dieses Steuerproblem erfordert in einem Zeitpunkte, in den die Währungsstabilisierung über die erste gefährdetste Periode hinausgelangt ist, eine gründliche Nachprüfung. Nachdem die Wirtschaft dem Staate gegeben hat, was des Staates ist, und was der Staat zur Festigung der Währungsgrundlage brauchte, muss gefragt werden, ob der Staat mit dem jetzt in Kraft befindlichen System (das zweifellos noch aus der Inflationswirtschaft stammt, und mit dessen Hilfe in manchmal recht drastischer, vielleicht sogar brutaler Weise der Uebergang aus der Inflationswirtschaft in die Stabilwirtschaft erkämpft wurde) auch dauernd der Wirtschaft dasgeben oder lassen kann, was der Wirtschaft ist. Brutale Steuern waren — selbst auf Kosten der privatwirtschaftlichen Substanz — für die Uebergangszeit notwendig. Auf die Dauer müssen und dürfen die Steuern zwar hart sein, indem sie die Erträge der Wirtschaft bis zu dem höchstmöglichen Mass belasten, aber sie dürfen nicht brutal in dem Sinne bleiben, dass sie die Grundlagen des Wirtschaftens zerstören, die Triebkräfte des Wirtschaftens an ihrer Entfaltung hemmen.

Will man zunächst die Frage klären, wie gross die Steuerlast ist, die heute dem deutschen Volke auferlegt ist, so wird man den Versuch machen müssen, festzustellen, wie sich der Gesamtumfang der heutigen Besteuerung zu demjenigen verhält, der vor dem Kriege in Deutschland vorgelegen hat. Der Vergleich wird ausserordentlich erschwert durch den vollständigen Umbau nicht nur des Steuer-, sondern auch des Budgetsystems, der zwischen den beiden Vergleichszeiten eingetreten ist. Während früher Länder und Kommunen innerhalb der deutschen Gesamtstaatlichkeit die Hauptträger der Steuerverwaltung und Steuervereinnahmung, zum Teil auch der Steuerverausgabung waren, während insbesondere alle direkten Steuern, namentlich die Einkommensteuern, von den Ländern und Gemeinden erhoben wurden, während früher auch die sogenannten Verkehrsanstalten den Etats der Länder zugehörten, und das Reich, wenn es mit seinen eigenen bestimmt umgrenzten Einnahmequellen nicht auskam, als Kostgänger der Bundesstaaten auf die Einziehung der sogenannten Matrikularbeiträge angewiesen war, hat jetzt das Reich fast alle grossen Hauptsteuerquellen an sich gezogen. In seinen Händen liegt die Hauptsteuerverwaltung, und umgekehrt sind die Länder und Kommunen darauf angewiesen, dass ihnen vom Reiche gewisse Teile aus den Hauptsteuern, insbesondere aus der Einkommen- und der inzwischen neu geschaffenen Umsatzsteuer, ausgefolgt werden. Ein Vergleich des jetzigen Reichsbudgets mit dem früheren kann infolgedessen keinen Aufschluss über die steuerliche Gesamtbelastung des deutschen Volkes bieten. Ein solcher ist nur möglich, wenn die Summe des heutigen Budgets des Reiches, der Länder und Kommunen gegenübergestellt wird der Summe der Vorkriegsbudgets aller dieser Körperschaften, wobei aber natürlich diejenigen Beträge, die damals dem Reich von den Ländern (nicht direkt von den Zensiten) zugeführt wurden, und auf der anderen Seite die Summen, die heute den Ländern und Kommunen vom Reiche zugeführt werden, nur einmal in die Rechnung eingesetzt werden dürfen. Eine Aufstellung, aus der sich die damaligen und jetzigen Gesamtbudgets der deutschen Körperschaften ermitteln liessen, existiert aber leider noch nicht, oder sie ist der Oeffentlichkeit noch nicht zugänglich gemacht worden. In der September-Nummer seiner „Bank" versucht Alfred Lansburgh in dankenswerter Weise an der Hand der vorhandenen spärlichen Angaben eine solche Gesamthaushaltsrechnung zu konstruieren. Er geht dabei von der auf Informationen der deutschen Regierung zurückzuführenden Mitteilung des Dawes-Planes aus, dass der Reichshaushalt nach Abzug der Ueberweisungen an die Länder „wenig mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben enthält, während je ein weiteres Drittel von den Ländern und Gemeinden aufgebracht wird". Der Reichshaushaltsplan für 1924 schliesse in Einnahmen und Ausgaben (ohne das Extraordinarium für Reparationen) mit 5,07 Milliarden M. ab. Kürze man davon die Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden, so blieben als das dem Reiche zufallende Drittel 3,27 Milliarden M. Da diese Ziffer nach der Angabe der Reichsregierung aber „wenig mehr" als ein Drittel aller öffentlichen Ausgaben in Deutschland ausmache, so würde sich danach der jetzige Gesamtaufwand für Reich, Länder und Gemeinden auf 9 bis 9½ Milliarden M. beziffern. Den Vorkriegsbedarf aller Körperschaften errechnet Lansburgh roh mit 7 Milliarden M., wobei er die Einnahmen und Ausgaben der jetzt selbständig gewordenen Verkehrsinstitute (Post und Eisenbahn), den Dienst der Schuldenverwaltungen sowie die Hälfte der Ausgaben für Heer und Marine, also Posten, die in dem jetzigen Etat in Fortfall gekommen sind, auch aus dem Vorkriegsetat ausscheidet. In dieser Weise setzt sich eine Schätzung des Gesamtvorkriegsetats auf 2,2 Milliarden M. Ausgaben des Reiches, 2,4 Milliarden M. Ausgaben der Länder und 2,4 Milliarden M. Ausgaben der Gemeinden zusammen. Selbst wenn man (entsprechend dem Abzuge gegen früher fortgefallene Aufwendungen für Schuldendienst, Heer und Marine, Kolonien) auch die jetzt neu hinzugetretenen Ausgaben für Kriegsbeschädigtenfürsorge mit 810 Millionen M. und einen Teil der für die Polizei neuaufgewendeten 208 Mill. G.-M. (den gleichfalls hinzugetretenen Posten Erwerbslosenfürsorge von 500 Mill. G.-M. berücksichtigt Lansburgh merkwürdigerweise nicht) bei der Vergleichung ausser acht lasse, so klaffe zwischen den absoluten Vor- und Nachkriegsziffern noch immer ein arges Missverhältnis, ein noch ärgeres aber zwischen den in Beziehung zur Volkszahl und zur Steuerkraft gebrachten relativen Ziffern. Vor dem Kriege sei nämlich ein nicht unerheblicher Teil der Haushaltsrechnungen, die heute fast ausschliesslich aus dem Steueraufkommen gedeckt werden müssen, aus Krediten bestritten worden. Dazu komme der Verlust an Gebiet und Volkszahl mit einem Siebentel der Steuerkraft und die Einkommensminderung der übrigen Bevölkerung mit einem Drittel ihrer Steuerkraft. Berücksichtige man diese relativen Faktoren, so ergäbe sich, dass jeder Deutsche heute reichlich das Doppelte an Steuern aufzubringen habe wie vor dem Kriege, und zwar ohne jede Berücksichtigung der Reparationslast.

Ob die von Lansburgh angewandte Methode der Gegenüberstellung in allen einzelnen Punkten zutreffend ist, soll an dieser Stelle nicht entschieden werden. Meines Erachtens dürfte man, wenn man die heutigen gesamten Steuerleistungen des Volkes den Vorkriegsleistungen gegenüberstellen will, die damals erforderlichen, jetzt aber ganz oder zum Teil in Wegfall gekommenen Ausgaben für den Schuldendienst, für Heer, Marine und Kolonien ebensowenig ausscheiden, wie man jetzt die neu hinzugekommenen Ausgaben für Kriegsbeschädigtenfürsorge, Arbeitslosenunterstützung, verstärkte Polizei usw. in Abzug bringen kann. Die Frage lautet doch: Was ist damals an Steuern aufgebracht worden, und was wird heute an Steuern erfordert? Die Frage der Verwendungszwecke ist für den Umfang der Belastung gleichgültig. Abgesehen davon dürfte wohl auch der jetzige Bedarf von 9–9½ Milliarden M. nicht rein ziffernmässig einem Vorkriegsbedarf von 7 Milliarden M. gegenübergestellt werden, denn die jetzigen 9–9½ Milliarden M. repräsentieren infolge des noch immer erheblich verringerten Geldwertes einen weit geringeren Realbetrag als die 7 Milliarden M. vor dem Kriege. Wenngleich dieser Geldwertunterschied für die empfangende Steuerverwaltung vielleicht kein Minus bildet (da ja der grösste Teil der Ausgaben des Reiches, der Länder und Kommunen aus Gehältern besteht und die Beamtengehälter keineswegs der Geldentwertung entsprechend erhöht worden sind), so muss die Verringerung des Realwertes der Steuerleistungen doch bei den Steuerzahlern in Rechnung gestellt werden. Für die Steuerzahler bedeuten die 9½ Milliarden M., die sie jetzt zahlen, kaum mehr als 7 Milliarden im Vorkriegsgelde. Für die steuerlich nehmenden Korporationen, deren Ausgaben zum grossen Teil nicht der Geldentwertung entsprechend gestiegen sind, handelt es sich allerdings um eine Ueberforderung, die der Klärung dringend bedürfte, um so mehr, als die jetzt entstandenen Mehrausgaben für Kriegsbeschädigtenfürsorge, Erwerbslosenfürsorge usw. eigentlich durch den Fortfall des Schuldendienstes und die starke Verminderung der Ausgaben für Heer und Marine reichlich kompensiert worden sein müssten.

Wie dem auch sei, gleichgültig, ob die Lansburghsche Feststellung, dass jeder Deutsche das Doppelte an Steuern aufzubringen habe, wie vor dem Kriege, zutrifft, das eine steht doch zweifellos fest: Sehr viele Deutsche müssen nicht nur das Doppelte, sondern das Mehrfache der vor dem Kriege von ihnen gezahlten Beträge aufbringen. Arbeiter und Angestellte, denen vorweg 8–10 pCt. ihres Bruttoeinkommens als Einkommensteuer abgezogen werden, zahlen weit mehr als vor dem Kriege. Die selbständigen Kaufleute und Erwerbsunternehmungen, die allerdings während der Inflationszeit infolge der Verspätung ihrer Steuerzahlungen und des sogenannten „Fortlaufens" des Geldwertes in der Zeit zwischen Veranlagung und Zahlung so gut wie gar keine Steuern entrichtet haben, beklagen sich jetzt darüber, dass ihre Belastung oder doch die Belastung der Produktion fünf- bis sechsmal so hoch sei wie vor dem Kriege. Darin mögen zweifellos starke Uebertreibungen stecken. Aber ebenso gewiss ist es, dass manche Umstände eine Kumulierung der Steuerlasten bei gewissen Kreisen herbeigeführt haben. Das Rentenkapital, der Hausbesitzerstand und andere von der Inflation besonders stark betroffene Kreise sind heute so gut wie gar nicht an der Aufbringung der Steuerlasten beteiligt, da ihre Einkommen in nichts zerronnen sind. Die Verkehrsanstalten, Eisenbahn und Post, die früher zu den Einnahmen von Ländern und Reich in erheblichem Umfange beigetragen haben, sind aus den Etats ausgeschieden, sie kosten zwar nichts mehr, aber sie liefern auch vorerst keine Ueberschüsse ab. Diese fehlenden Ueberschüsse müssen heute durch Steuern ersetzt werden. Das besetzte Gebiet hat unter der französisch-belgischen Opposition keine Steuern und Zölle an das Reich entrichtet. Auch für diese Ausfälle mussten die steuerkräftig gebliebenen Kreise im unbesetzten Gebiete aufkommen. Selbst für den Fall, dass der Gesamtsteuerbedarf aller Körperschaften nicht oder nur unwesentlich grösser wäre als vor dem Kriege, musste die Akkumulierung der Steuerlasten auf einen Teil der Bevölkerung die Anfordernisse an diese Kreise erheblich steigern. An der Notwendigkeit dieser Verteilung der Steuerlasten auf eine geringere Zahl steuerkräftiger Schultern liegt es demnach zum Teil, wenn gewisse Schichten weit stärker als früher und vielleicht über ihre Kräfte hinaus in Anspruch genommen werden. Aber es liegt nicht ausschliesslich daran, sondern zweifellos auch an dem heutigen fehlerhaften und unvollkommenen Steuersystem selbst. Dieses Steuersystem krankt zunächst einmal, ganz abgesehen von seiner unorganischen Konstruktion in wirtschaftlicher Hinsicht und der Wirtschaftsschädlichkeit einzelner ihm angehöriger Steuern, an einer Steuereinziehungstechnik, die noch ganz auf die Inflationsverhältnisse zugeschnitten ist. Die Häufigkeit der Einziehungen bei den wichtigsten Steuern, insbesondere bei der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer, war in der Inflationszeit notwendig, weil nur so Geldwertverluste für den Staat einigermassen verhindert werden konnten. Heute ist dieser Gesichtspunkt in Fortfall gekommen. Die Steuerberechnungs- und Einziehungsfristen könnten unbedenklich auseinander gezogen werden. Dadurch würde die Arbeit der Steuerbehörden sich sehr wesentlich vereinfachen und verbilligen lassen. Der Reichsfinanzminister hat allerdings kürzlich bekanntgegeben, dass die gesamten Erhebungskosten für alle Steuern nicht über 6½ pCt. des Steueraufkommens hinausgehen. Immerhin liessen sich auch hier noch einige Prozent einsparen. Darüber hinaus liesse sich aber durch den unproduktive Aufwand, der für die Steuerpflichtigen mit der allzugroßen Häufigkeit der Steuerzahlungen wie überhaupt mit der allzu grossen Kompliziertheit und Verschiedenartigkeit der Steuern verbunden ist, wesentlich verringern. Materiell wird bei der dringend notwendigen Umformung unseres Steuersystems insbesondere dahin gestrebt werden müssen, dass der schematische Grundsatz der Anlehnung der Steuern an den Umsatz, der heute nicht nur die eigentliche Umsatzsteuer, sondern auch weitgehend die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die überhaupt ausserordentlich überspannten Gewerbesteuern beherrscht, eine wesentliche Einschränkung erfährt. Keine Steuer reizt so sehr zur Abwälzung auf die Preise, ja sogar zu einer übermässigen Einkalkulierung, wie die an den Umsatz gebundene. Keine Steuer reizt, für den Fall, dass eine solche Abwälzung unmöglich wird oder auf Schwierigkeiten stösst, so sehr zur bewussten Einschränkung des Umsatzes und der Produktion. Sie trägt dazu bei, den kaufmännisch richtigen Grundsatz „Grosser

Handel und Verkehr.

✱ **Die Erhöhung des Kreditkontingentes der Reichsbank.** Ueber die von der Regierung geplanten Massnahmen zum Wiederaufbau der Wirtschaft (Gütertarifermässigung, Herabsetzung der Postgebühren und gewisse steuerliche Massnahmen) haben wir heute morgen im politischen Teil unseres Blattes berichtet. Ueber die von der Reichsbank geplanten Massnahmen hiess es im besonderen:

Die Reichsbank hat folgende Massnahmen getroffen: Das seit dem 7. April bestehende Diskontierungsgesamtkontingent wird für Zwecke der Produktionssteigerung zunächst um 10 pCt erhöht. Für reine Warenwechsel wird die zulässige Laufzeit von Wechseln bei der Reichsbank wieder auf drei Monate ausgedehnt. Die Reichsbank wird fortan wieder Bankakzepte diskontieren vorbehaltlich der Prüfung von Fall zu Fall und vorbehaltlich einer Vereinbarung über die von den Banken zu berechnende Akzeptprovision.

Wir nehmen an, dass in das Kreditgesamtkontingent auch die übrigens nicht sehr ins Gewicht fallenden Lombardierungen einzurechnen sind. Die Gesamtkreditsumme betrug am 7. April (vgl. die statistische Aufstellung in der Abendausgabe des „B. T." vom 3. Juli) 1999,3 Mill. M. Eine Erhöhung um 10 pCt. würde **das künftige Kreditgesamtkontingent auf etwa 2200 Mill. M.** bringen. Dem letzten Reichsbankausweis vom 6. September zufolge war das Kreditkontingent vom 7. April übrigens nicht voll, sondern nur mit 1942 Mill. M. ausgenutzt. Demnach beträgt der noch **freie Kreditspielraum insgesamt 258 Mill. M.**

✱ **Der Kampf um das Kohlensyndikat.** Die auf heute vormittag einberufene Zechenbesitzerversammlung war nur von kurzer Dauer. Der von der Mehrheitsgruppe vorgelegte Syndikatsvertragsentwurf, der gestern noch in einigen Punkten abgeändert worden war, um den ausserhalb des Inlandsblocks stehenden Zechen entgegenzukommen, wurde trotzdem von dem Inlandsblock der Ruhrkohle nicht angehörenden Zechen abgelehnt. Darauf wurde die Sitzung abgebrochen und auf heute nachmittag vertagt. In der Zwischenzeit verhandelten Vertreter der Mehrheitsgruppe unter Führung von Generaldirektor Vögler neuerdings mit den aussenstehenden Gruppen Phönix, Rheinstahl, Klöckner usw. Unter diesen Umständen lässt sich über das Ergebnis der heutigen Verhandlungen noch nichts voraussagen.

✱ **Bankangestellte gegen die Sonnabend-Börse.** Gegen den gegenwärtig zur Diskussion stehenden Plan, an den Sonnabenden den Börsenvollverkehr wieder aufzunehmen, hat der Zentralvorstand des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten dem Berliner Börsenvorstand gegenüber, von dem dieser Plan ausgeht, schärfsten Protest erhoben. Die Prüfung dieser Frage durch die Verbandsinstanzen hat, wie uns von zuständiger Seite geschrieben wird, ergeben, dass eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Aenderung des gegenwärtigen Zustandes verneint werden müsse.

✱ **Gesellschaft Südkamerun** (Deutsche Kolonialgesellschaft) in Hamburg. Dem Geschäftsbericht für 1914–1923 entnehmen wir u. a. die folgenden Ausführungen: Die in unserem Bericht vom April 1921 erwähnten Wiederaufbaupläne liessen sich leider nicht in die Wirklichkeit umsetzen, da durch den katastrophalen Ausgang des Entschädigungsverfahrens der vollständige Ruin unseres Unternehmens verursacht worden ist. § 1 des Reichsentlastungsgesetzes besagt, dass bei Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit des Reiches weitere Entschädigungen künftiger Gesetzgebung vorbehalten bleiben. Dieser Lichtblick veranlasst uns, im Interesse unserer Gesellschafter von der Auflösung des Unternehmens abzusehen. In Uebereinstimmung mit der Aufsichtsbehörde — Auswärtiges Amt — schlagen wir in Anbetracht des Fehlens jeglicher Mittel vor, den Betrieb solange auszusetzen, bis das Reich die in Aussicht gestellte weitere Entschädigung gewährt oder bis die Beschaffung neuer Betriebsmittel im Wege der Kapitalerhöhung möglich ist, unsere Bemühungen dieserhalb sind infolge der allgemeinen Geldknappheit bislang ohne Erfolg geblieben.

✱ **Th. Flöther Maschinenbau Akt.-Ges.** Zu unserem gestrigen Bericht über die beabsichtigte Zusammenlegung des Aktienkapitals wird uns aus Verwaltungskreisen mitgeteilt, dass das Goldmarkkapital nicht wesentlich (nicht, wie gestern irrtümlich berichtet wurde, nicht unwesentlich) vom Friedenskapital abweichen wird.

✱ **Ein zentrales Hüttenbureau in Polen.** Zur Gründung eines zentralen Hüttenbureaus in Polen wird mitgeteilt, dass die Vorbereitungen jetzt abgeschlossen sind und die Unterzeichnung des Vertrages bevorsteht. Das Bureau wird sich mit dem Verkauf der wichtigsten Erzeugnisse aller Eisenhütten Polens befassen, sowie die Bestellungen annehmen, um diese unter die einzelnen Hütten zu verteilen.

✱ **Die Leipziger Garnbörse** am 12. September war gut besucht. Kauflust war allgemein vorhanden, doch zeigten die Käufer noch eine gewisse Zurückhaltung. Grosse Abschlüsse sind nicht bekanntgeworden. Gefordert wurden je nach Qualität und Lieferung für amerikanische Webgarne Basis 20 pro Kilo 86–92 Dollarcents, für prima amerikanische Strumpfgarne Basis 20 pro Kilo 90–95 Dollarcents, für Makko-Feingarne Basis 80, gekämmt, pro Kilo 110–112 Pence. Die nächste Garnbörse findet am 9. Januar 1925, vormittags 10 Uhr, statt.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.

Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Reichsmark.

	13. 9	12. 9.		13. 9.	12. 9.
Weizen, märk.	225–236	223–234	Weizenkleie, tr. Bln.	14,50	14,50
- mittelld.	—	—			
Roggen, märk.	197–202	195–200	Roggenkleie tr. Bln.	13.00	12.80
- pomm.	—	—			
- westpr.	—	—	Raps	335–340	335–340
Gerste, Futter-	195–205	195–205	Leinsaat	440–445	440–445
- Sommerg.	212–240	212–240	Viktor.-Erbs.	32.00–35.00	32.00–35.00
Hafer, märk.	180–188	178–186	Kl. Speiseerbs.	22.00–26.00	22.00–26.00
- pomm.	—	—	Futtererbsen	19.00–20.00	19.00–20.00
- westpr.	—	—	Peluschken	17.00–18.00	17.00–18.00
Mais, loco Bln.	—	—	Ackerbohnen	16.00–17.00	16.00–17.00
Wangfr Bln.			Wicken	16.00–17.00	16.00–17.00
Weizenmehl p. 100 kg. tr. bln. incl. Sack			Lupinen, blaue	12.50–13.00	12.50–13.00
			Lupinen, gelbe	14.00–17.00	14.00–17.00
			Serradella	13.50–14.00	13.50–14.00
(feinst. Mark. überNotiz)			Rapskuchen	14.50	14.50
Roggenmehl p. 100 kg tr. Bln. br. incl. Sack	32.00–34.50	32.00–34.50	Leinkuchen	24.00–25.00	24.00–25.00
			Trockenschnitz.	13.20–13.30	13.20–13.30
	29.00–31.00	28.50–30.50	vw. Zuckschn.	22.00–24.00	22.00–24.00
			Torfmel 30/70	9.00	9.00
			Kartoffelflock.	19.00	19.50

✱ **Marktpreise des Zentralviehhofs, Berlin.** Auftrieb: Rinder 2868, Bullen 648, Kühe 1161, Ochsen 1059, Färsen 1161, Kälber 1102, Schafe 7882, Schweine 5828, Ziegen 6. Auslandsschweine 974. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig. Ochsen a) 45–48, b) 40–43, c) 36–38, d) 30–33, Bullen a) 42–44, b) 37–39, c) 33–35, Färsen und Kühe a) 44–48, b) 38–42, c) 30–35, d) 22–26, e) 17–20, Fresser 30–34, Kälber b) 85–92, c) 70–80, d) 58–65, e) 45–55, Schafe a) 45–52, b) 30–43, c) 22–28, Mastschafe a) 52–54, b) 40–45, Schweine a) 85, b) 83–84, c) 75–82, d) 73–77, e) 65–70, f) — 64, Sauen 68–73, Ziegen 15–29.

✱ **Notierungen der Magdeburger Zuckerbörse.** Preise für Zuckerraffinade (ausschliesslich Verbrauchssteuer und Sack) für 50 kg netto ab Veriadestelle Magdeburg bei Mengen von mindestens 200 Ztr. gemahlenem Melis bei prompter Lieferung 25–25½ Goldm. Tendenz fest.

✱ **Vom Säckemarkt.** Mannheim, 12. September. Entsprechend dem Anziehen des Rohjutepreises stieg Jutegewebe je Tonne auf 73 Pfd. Sterl. cif Mannheim. Neue Jutesäcke für Mehl, 2 Ztr. fassend, kosten jetzt 1,00 M., gebrauchte 0,75 M., gebrauchte Kleiesäcke 0,35 M. je Stück.

✱ **Vom süddeutschen Tabakmarkt.** Mannheim, 12. September. Die neue Tabakernte ist überall im Gange. Das Wetter war dafür bisher recht ungünstig: trockene Tage werden dringend gebraucht. Die Felder stehen sehr üppig da und der Mengo nach ist auch jetzt noch mit einer Vollernte zu rechnen. Das Material wird jedenfalls leicht; seine sonstige Beschaffenheit hängt vom Wetter der nächsten 14 Tage ab. In 1923 er Tabaken sind diverse Partien zu gegen die Vorwoche erhöhten Preisen umgesetzt worden; auch Rippen haben im Preise leicht angezogen.

Umsatz — kleiner Nutzen" in das volkswirtschaftlich verhängnisvolle Gegenteil „Kleiner Umsatz — grosser Nutzen" umzukehren. Das System der jetzigen an den Umsatz gebundenen Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, das vielfach Einkommen besteuerte, wo keine Gewinne, ja sogar Verluste vorlagen, war gewissermassen als nachträgliche Besteuerung der in der Inflationszeit so gut wie unbesteuert gebliebenen Wirtschaftskreise für eine Uebergangszeit tragbar. Spätestens im nächsten Jahre muss es durch eine wirkliche Steuer vom Einkommen ersetzt werden.

Ein Teil des überstarken Steuerdruckes der jetzigen Uebergangszeit rührt zweifellos aber auch daraus her, dass bei der Aufstellung des Reichshaushaltsplans für 1924 und vielleicht auch der Haushaltspläne für Länder und Gemeinden, Kalkulationsfehler zugunsten der Fisci begangen worden sind, die in einer Unterschätzung der Einnahmen beruhten und infolgedessen ein wenigstens für die jetzige Zeit zu starkes Anziehen der Steuerschraube zur Folge hatten. Eine Gegenüberstellung der Ist- und Solleinnahmen des Reichsetats für die ersten vier Monate des laufenden Etatsjahres ergibt nämlich, dass bei den fortdauernden Besitz- und Verkehrssteuern die tatsächlichen Steuereingänge den Voranschlag um nicht weniger als 22 pCt. überschritten haben, und zwar erbrachten in den Monaten April bis Juni von einzelnen Steuern die Umsatzsteuer 28 pCt. mehr, die Einkommensteuer sogar 47 pCt. mehr, als vorgesehen war. Die Zölle und Verbrauchssteuern ergaben ein Plus von 7 pCt. Die Zölle allein haben sogar den Voranschlag um etwa 74 pCt. überschritten. Der Gesamteinnahmeetat des Reiches ist in diesen vier Monaten um 20 pCt. oder 350 Millionen höher als der Voranschlag. Auf das ganze Jahr berechnet bedeutet das ein Plus von über 1 Milliarde M. Dieses günstige Ergebnis ist erzielt worden, trotzdem Deutschland sich in der genannten Periode in einer schweren Wirtschaftskrise befand, trotzdem die im besetzten Gebiete erhobenen Zölle und Steuern in dieser Periode nicht in die deutsche Reichskasse flossen, während sie im Voranschlag als Eingänge der deutschen Steuerverwaltung angesetzt waren. Infolge dieser unerwartet günstigen, die Voranschläge erheblich übertreffenden Steuereingänge war es dem Deutschen Reiche nicht nur möglich, seine laufenden Ausgaben voll zu decken, sondern in der Zeit vom Januar bis August 1924 sogar nicht weniger als 569,1 Millionen Goldmark zu Stützungszwecken zu verwenden, insbesondere den grössten Teil der erst im Herbst 1923 ausgegebenen Goldanleihe zurückzukaufen. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Möglichkeit allerdings auch durch die bei Münzprägungen erzielten Gewinne gefördert worden. Aber im wesentlichen rührten die für die Goldanleihekäufe verfügbar gemachten Beträge doch aus den im Etat nicht veranschlagten Ueberschüssen der laufenden Einnahmen her.

Die bisherige Entwicklung scheint also den Nachweis erbracht zu haben, dass schon in dem bisherigen Steuersystem ansehnliche Reserven liegen, die späterhin zur Dotierung desjenigen Teiles des Reparationsetats verwendet werden können, der nicht durch die Ueberschüsse der Eisenbahngesellschaft und durch die Erträge der „Industrieobligationen", sondern aus dem deutschen Budget gedeckt werden sollen. Berücksichtigt man, dass in absehbarer Zeit auch die Reichspost, deren Erträge nicht für Reparationszwecke vorbelastet sind, wieder Ueberschüsse für den allgemeinen Reichsetat erbringen wird, so kommt man zu dem Ergebnis, dass schon in dem jetzigen Steuerumfang wenigstens ein Teil der Elemente liegt, aus denen später die Reparationszahlungen dotiert werden können. Damit soll es keineswegs als wünschenswert bezeichnet werden, dass das jetzige Steuersystem unverändert beibehalten werden soll und kann. Im Gegenteil muss der Steuerdruck durch Aenderung und Vereinfachung des Steuersystems in anderer Weise verteilt werden, als dies jetzt der Fall ist. Das heutige rohe und schematische Steuersystem muss durch ein organisches und elastisches ersetzt werden. Geschieht dies, so wird man auch der Frage nähertreten können, ob es nicht möglich ist, während der nächsten Jahre, in denen die normalen Reparationszahlungen von 2,5 Milliarden Goldmark noch nicht erreicht werden, und insbesondere während des ersten Reparationsjahres, in denen überhaupt keine nennenswerten Zahlungen zu leisten sind, den Steuerdruck zu erleichtern. Gerade in den nächsten Jahren, in denen die Wirtschaft sich zu reorganisieren hat, wäre eine solche Erleichterung des Steuerdrucks von grosser, nahezu entscheidender Wichtigkeit. Unter allen Umständen muss dem Staate gegeben werden, was des Staates ist, aber unter keinen Umständen liegt ein Anlass vor, ihm mehr zu geben, als er bei sparsamster Finanzpolitik braucht.

Leitender Redakteur der Handelszeitung: Dr. Felix Pinner

Die Eigenart
unter den Versicherungskonzernen
verkörpert der
GERLING-KONZERN
Seine Organisationskraft liegt in der
Kraft seiner Anhänger!
Hauptverwaltung: KÖLN, von Werthstr. 14
Geschäftsstellen in allen Teilen des Reiches.

Nachtrag zur Morgen-Expreß-Ausgabe des Berliner Tageblatts

Die Reichsregierung hat beschlossen, **zum Wiederaufbau der Wirtschaft eine Reihe von wirtschaftlichen und steuerlichen Maßnahmen** zu treffen. Im einzelnen wird folgendes veranlaßt:

1. Vom 18. September ab werden die einzelnen **Frachten der Normalklasse des Gütertarifs**, die Sätze der Tiertarife und die Frachten des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs **um 10 Prozent ermäßigt**, letztere jedoch nicht unter die Vorkriegssätze. Ferner wird der Gewichtszuschlag für die Beförderung in gedeckten Wagen von 10 Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt.

2. Zur Erleichterung der Geldversendung wird der Reichspostminister dem noch in diesem Monat zusammentretenden Verwaltungsrat der Reichspost eine Vorlage zur **Ermäßigung der Postanweisungs- und Postscheckgebühren** unterbreiten.

3. Bei den **Kohlenpreisen** tritt folgende Ermäßigung ein: Ab 18. September für die schlesischen Steinkohlenreviere (Oberschlesien, Niederschlesien) eine Ermäßigung, die gegenüber den vom Reichskohlenverband veröffentlichten Preisen im Durchschnitt etwa 10 Prozent beträgt. — Für das Ruhrrevier wird, sobald die Frage der Syndikatserneuerung Mitte dieses Monats geklärt ist, über eine alsbald eintretende Preisermäßigung Beschluß gefaßt werden, die voraussichtlich mindestens 10 Prozent betragen wird.

4. Auf dem Gebiet des **Bankwesens:** a) die Reichsbank hat folgende Maßnahmen getroffen: Das seit dem 7. April bestehende Diskontierungs-Gesamtkontingent wird für Zwecke der Produktionssteigerung zunächst um 10 Prozent erhöht. Für reine Warenwechsel wird die zulässige Laufzeit von Wechseln bei der Reichsbank wieder auf drei Monate ausgedehnt. — Die Reichsbank wird fortan wieder Bankakzepte diskontieren, vorbehaltlich der Prüfung von Fall zu Fall und vorbehaltlich einer Vereinbarung über die von den Banken zu berechnende Akzeptprovision.

b) Auf die Bankvereinigungen wird eingewirkt werden, daß sie normale Kreditprovisionen einhalten, ebenso auf die staatlichen und kommunalen Geldorganisationen hinsichtlich der Zinsgebarung für hereingenommene Gelder und Spareinlagen. Auch wird zur Beseitigung der aus der Zeit der Zwangswirtschaft stammenden unproduktiven Arbeiten bei den Banken Bedacht genommen. So sollen die zahlreichen Devisenvorschriften bis auf einen ganz geringen Teil, dessen Weiterbestehen notwendig ist, in Kürze fortfallen.

5. Zu den Steuern, die durch die Höhe des Satzes den Wiederaufbau der Wirtschaft in erster Linie belasten, gehören die **Umsatzsteuern** und diejenigen Teile der **Kapitalverkehrssteuern**, die mit der Kapitalbeschaffung für die Wirtschaft im Zusammenhang stehen. Deshalb wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 ab der Satz der **Umsatzsteuer von 2½ Prozent auf 2 Prozent herabgesetzt** werden.

Durch diese Vorwegnahme der Herabsetzung der Umsatzsteuer wird der weiteren Verhandlung der dem Reichstag vorliegenden Zollvorlage nach ihrem gesamten Inhalte nicht vorgegriffen. Damit bleibt auch die endgültige Gestaltung der Umsatzsteuer, über die die Vorlage neben der Frage der Höhe der Steuer eine Reihe von Aenderungen vorschlägt, Gegenstand der Beratungen im Reichstag.

Von ähnlicher Bedeutung, wie die Herabsetzung der Umsatzsteuer, ist die Frage einer **Minderung der die Kapitalbeschaffung belastenden Steuern** auf ein für eine stabile Wirtschaft tragbares Maß. Die durch den Uebergang auf die Goldrechnung und zur Neuzuführung von Kapital erforderlichen Umwandlungen können nur dann vorgenommen werden, wenn die Sätze auf dem Gebiete der Gesellschaftssteuer und der Wertpapiersteuer gesenkt werden. Auch insoweit werden die Senkungen zum 1. Oktober 1924 eintreten. Die steuerlichen Maßnahmen erfolgen angesichts der Dringlichkeit durch Verordnung des Reichspräsidenten.

*

Von der **französisch-belgischen Regie ist gestern eine weitere Zahlung von 3,3 Millionen Goldmark auf das Reparationskonto** geleistet worden.

*

Im Verlauf der Londoner Verhandlungen war zwischen den deutschen und belgischen Vertretern vereinbart worden, daß alsbald Verhandlungen zur Regelung schwebender Wirtschaftsfragen aufgenommen werden sollten. Die Verhandlungen werden, wie wir erfahren, am 15. d. M. in Berlin beginnen. Die belgische Delegation ist bereits in Berlin eingetroffen.

*

In dem mit der Reparationskommission vereinbarten **Schiedsverfahren** über die **Auslegung des Artikels 260 des Versailler Vertrages** ist der Spruch des Schiedsrichters, des norwegischen Hofgerichtspräsidenten von Drontheim und Ersatzrichters am ständigen Gerichtshof im Haag, Beichmann, eingegangen. Nach der Entscheidung findet der Artikel auf die von Deutschland an Polen abgetretenen Gebiete Oberschlesiens keine Anwendung.

Der Artikel 260 gibt der Reparationskommission das Recht, zu fordern, daß Deutschland alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, der Türkei oder in den von Deutschland abgetretenen Gebieten erwirbt und dann binnen sechs Monaten der Reparationskommission überträgt. Nach dem von dem hohen norwegischen Richter gefällten Spruch findet diese Bestimmung, was bisher bestritten war, auf die oberschlesischen Gebiete, die Deutschland an Polen abtreten mußte, keine Anwendung.

*

Gestern nachmittag ist der Personenverkehr im **Karlsruher Rheinhafen** freigegeben worden. Auch der Wachtposten am Stichkanal des Karlsruher Hafens wurde eingezogen. Die französische Rheinhafenbesatzung wird noch heute abziehen.

Bis zum 20. September werden **aus dem Ruhrgebiet rund 8000 Mann französische und 2000 Mann belgische Truppen zurückgezogen**, die in ihre Heimatgarnison befördert werden.

*

* **New-York**, 12. September. (Privat-Funkspruch.) **Berlin Schlusskurs 23⅞—24** (Vortag: 23⅞—24). Kaffee Santos Nr. 4 loko 22¾ (22½), Rio Nr. 7 loko 17¼ (17⅛), Tendenz stramm, per Oktober 16,55 (16,10), per Dezember 16,15 (15,50), per März 15,78 (15,08), per Mai 15,38 (14,71), per Juli 14,83 (14,31). Baumwolle stetig, loko 23,30 (24,10), per September 22,40—22,40 (22,95—22,95), per Oktober 22,55—22,57 (23,08 bis 23,09), per Dezember 22,13—22,19 (22,65—22,67), per Januar 22,13 bis 22,17 (22,67—22,69), per März 22,40 bis 22,40 (22,93—22,95), per April 22,52—22,52 (23,05—23,05), per Mai 22,65—22,70 (23,18—23,20), per Juli 22,25-22,25 (22,70-22,70). Schmalz prime Western 14,62½ (14,60). Talg extra lose 8⅞ (8¾). Petroleum in Cases 16,90 (16,90), in Tanks 6,50 (6,50), Standard white 13,50 (13,50), Pennsylvania-Rohöl 2,75—2,85 (2,75—2,85). Zucker Zentrifugal stetig, per September 4,20 (4,19), per Dezember 4,08 (4,03), per Januar 3,65 (3,61), per März 3,39 (3,35). Kautschuk fist later crepe loko 27⅞ (27¾), smoked sheet 27¾ (27¾). Terpentin 88 (88), Savannah-Terpentin 81½ (82½). **Dollarparität: 4,188 Bill. Brief, 4,166 Bill. Geld.**

* **New-York**, 12. September. (Privat-Funkspruch.) Weizen Rotwinter neue Ernte loko 147¾ (Vortag: 146), Hartwinter neue Ernte loko 144¼ (142½), Mais 138¼ (136¾), Mehl spring wheat clears 5,75—6,25 (5,75—6,25).

Gebrauchte Lokomobilen
Wir haben einige in Zahlung genommene
Lokomobilen in verschiedenen Grössen
ausserordentlich preiswert abzugeben.
R. WOLF Aktiengesellschaft Magdeburg-Buckau.

RUDOLF MOSSE
ZUR KÖLNER MESSE
Abteilung
Adressbücher und Codes
Im Verkehrsraum des
Messe-Postamtes Schalter 8
CHIFFRIEREN UND DECHIFFRIEREN VON TELEGRAMMEN
14.-19. SEPTEMBER 1924

Stab-, Band-
Formeisen
Bleche
S. M. Stahl
Kurzeisen
aus Lagervorrat lieferbar.
Ranis & Frankfurther
Berlin NW. 7, Schadowstr. 1b.
Telegr.-Adresse: Ranifra. Telefon: Zentr. 5344—49.

Köstritzer Schwarzbier
Altberühmtes Gesundheitsbier
Tausende ärztlicher Gutachten.
Flasche 45 Pfennig
Ueberall zu haben.
Köstritzer Schwarzbiergesellschaft
Landsberger Allee 6/7
Telephon: Alexander 8575, 4703

Unter Preis
3000
Meter dunkle Lodenstoffe, Mantelstoffe u. Ulsterstoffe ca. 150 br. moderne Stoffe. 3.90 per Meter
5 Meter Cupons per Nachnahme.
Silbermann, Osnabrück, Möserst. 35a Tel. 1523

Hugo Baruch & Cie.
Lindenstr. 18-19
Stilmöbel
Schlafzimmer Louis XVI
Barock-Herren-Zimmer
Antiquitäten

1 Sauggas-Motorenanlage
50 PS., komplett, ist sofort zu verkaufen. Anfrag. u. A. P. 319 an Rudolf Mosse, Magdeburg.

Schwedische Preißelbeeren
in Waggonladungen zum Verkauf.
A.-G. Martin Johanssons Fiskaffär, Gothenburg 4, Schweden.
Telegrammadresse: „Martin."

Schwed. Preisselbeeren einford. Off. v. Sjöholm & Lindblad, Oerebro, Schweden. Tel.-Adr.: Makiare

90 Pilotjosen à 3.60 Mk., 60 Zwirnhosen à 3.30 Mk. gegen sofortige Kasse abzugeben.
Radach & Co., Michaelkirchplatz 21.

Leit- u. Zugspindelbke., Bohrma... Chaping, Handhebelfr., Mechanik... mod. Konstr., verk. Görig, Breslauer...

Post-Kartons
Bernhard P... Alte Jakob... Mpl. 12...
Verlangen Sie Vertreter-Besuch

Seidentrikot-Kleider Mk. ...
erstklassige Qualität, schick vera... Sofortige Kasse. Lagerbesuch lo... Betriebswerkstätte Schwerse... Neue Königstr. 42. Kaft. 4...

Böhler-Stahl, 45 mm ...
Ia Werkzeugstahl, in groß. Quan... preiswert abzugeben.
Alfred Wolff, Berlin, Ritter...

Zahlungsstockung
beseitigt mit grösstem Erfolg
Willi Preuss,
Berlin C. 54, Alte Schönhauserstr. 41
Fernruf: Norden 5097, 5312, 8624.

Für bahnbrechendes Patent
Mk. 10 000.—
von Selbstgeber(in) gesucht. Hoher Gewinn garantiert. Vermittler zwecklos.
Offerten unter Ch. P. 4350 an Rudolf Mosse, Charlottenburg, Kantstrasse 34.

Güterwagen
offen 15 to Ladegewicht Typ... Omk., fabrikneu, unter seh... günst. Bedingung abzugeben.
Haertel, Berlin W. 9, Bellevuestraße 12a.
Telephon: Nollendorf 3991.

H. Polak & Co., Berlin 15
Wir bringen für Grosskonsumenten nicht nur Preise sondern Qualitäten
kunstseid. Trikotkleider
die grössten Schlager
von 8.50 Mk. an.
Unterkleider Mk. 6.50.
Nur beste Verarbeitung.
Täglich neue Modelle.
Kommandantenstr. 67

Kaufgesuche bewegl. Gegenst...

Schrauben,
Muttn., Holzschrb., Splinte, Schräubch., Niet., Federringe, Spannschlöss., Scheib. kft. Ifd. Lehmann, Berlin, Spandauer Brücke 9.

ABC-Cod...
gesucht. Offe... J. B. 1266... Rudolf M... Berlin SW...

Für Beste...
von Wach... meßband... schwedisch... eine deutsche... die solche... Angeb. u. ... an S. Cu... Annonsbyra, ... borg. Schwed...

Sechshundert gebr. sehr gut erhaltene Gummimäntel — im Genre der amerik. Heeresregenmäntel — kauft gegen Kasse
Fritz Buhr, Königsberg, Pr. 4.

Zur gefl. Kenntnisnahme.
Am Mittwoch, den 10. September sind die Zollschranken nach Dortmund beseitigt. Die Einreise hierher kann dann ohne Pass erfolgen. Ich bitte meine geehrte Kundschaft, von dieser Erleichterung sof. ausgiebigen Gebrauch zu machen.
Als Spezialität führe ich erstklassige Kammgarne von Fabrikanten v. Weltruf
N. Silberberg,
Tuche engros und Futterstoffe.
Grösstes Engroshaus in der Branche
Durchgehende Geschäftszeit v. 8–6 Uhr.
Dortmund, Münsterstr. 40. Fernruf: 3029.
Berlin, Gertraudtenstr. 22. Fernruf: Merkur 7721.

Kaufe gegen Ka...
Donegal u. Baumwollcove... S. Weinstock, Linienstraße... Norden 5551.

Kaufen Lagerpo...
Einsteck-Uhrwerke, 5,5 cm. ... angebote erbet. Schrader &... Bln., Ritterstr. 24. Tel. Moritzpl...

Wolle,
Damenwäsche, Hemdentuch, St... Trikotagen usw. kauft wenn unt... preis per Kasse Wollhaus, Wiche...

Größerer Posten
Stell-Kummete u. Kummetkissen
äußerst günstig, auch in kleineren Posten abzugeben. Offerten an
K. Mänchen,
z. Z. Hotel grüner Baum, Berlin, Krausenstr.

Kaufe
große Lagerposten in handgehäk... Jumpern aus Kunstsei...
Offerten unter J. A. 51... Rudolf Mosse, Berlin SW...

Gebrauchte Strickmasch...
gut erhalten, mit Preisangabe, ... und Fabrikat gegen Kasse zu ka... sucht. Offerten unter J. P. 4... Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wir unterhalt. ständig gut sort. Lag. in
Herrenanzügen und Ulstern.
Lagerbesuch lohnend!
Ziprosch G. m. b. H., Herrenkleiderfabrik, Berlin C. 2, Breite Straße 29.
Fernspr.: Merkur 9806.

Sofortige Kass...
zahle für preiswerte Angebot...
Strumpfwaren.
Angebote unter J. Z. 415... Rudolf Mosse, Berlin SW...